

REGIERUNGSRAT

Regierungsrat Aargau
Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon zentral 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

3. Juli 2024

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, sich an der Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus zu beteiligen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Gelegenheit.

Das bestehende Know-how in der Schweiz in Bezug auf den Föderalismus ist beträchtlich. Aus Sicht des Regierungsrats ist es unbestritten, dass es im Interesse aller Staatsebenen ist, dieses Wissen sowohl gegen innen wie auch gegen aussen zu fördern, zu pflegen und zu erhalten. Gegen innen wird dadurch eine der tragenden Säulen des schweizerischen Bundesstaats gepflegt und weiterentwickelt. Gegen aussen kann die Schweiz mit dem Anbieten dieser Kenntnisse gegenüber anderen Ländern den Föderalismus konkret fördern und damit gleichzeitig einen Beitrag zur positiven Wahrnehmung dieser Staatsform leisten. Der Regierungsrat begrüsst daher, dass die eidgenössischen Räte mit der Überweisung der (19.3008) Motion vom 21. Februar 2019 betreffend "Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung" die Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine adäquate Bundesfinanzierung in Auftrag gegeben haben, und befürwortet Bestrebungen des Bundes, den Föderalismus auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern. Der Regierungsrat erachtet eine finanzielle Unterstützung des Instituts für Föderalismus (IFF) als diesem Anliegen dienlich.

Aus Sicht des Regierungsrats ist eine Bundesfinanzierung insbesondere für das internationale Zentrum des IFF notwendig und sachgerecht. Das IFF erfüllt in diesem Bereich Aufgaben im Interesse und Zuständigkeitsbereich des Bundes, da die internationale Entwicklungszusammenarbeit, einschliesslich der Förderung der Demokratie, primär Sache des Bundes ist (vgl. Art. 54 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft). Durch eine kontinuierliche finanzielle Bundesbeteiligung wird zudem das in diesem Bereich durch das IFF erworbene, international anerkannte Know-how langfristig gesichert. Eine solche Finanzierung sollte sich an der langjährigen und bewährten Zusammenarbeit des Bundes (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA]) mit dem internationalen Zentrum des IFF orientieren. Schliesslich ist festzuhalten, dass bei der Sicherstellung einer kontinuierlichen Bundesfinanzierung im Vergleich zum aktuellen Zustand nicht unbedingt mit Mehrkosten zu rechnen ist, weil dann nicht mehr externe Dienstleister mit Leistungen mandatiert werden müssen, die das internationale Zentrum des IFF in hoher Qualität und mit einer Schweizer Perspektive erbringen kann.

Das IFF besteht aus einem nationalen Zentrum und einem internationalen Zentrum, die seit 2019 administrativ und finanziell unabhängig tätig sind. Die Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der überwiesenen (19.3008) Motion sieht ein eigenes Bundesgesetz vor, das die Bundesfinanzhilfen für die internationale Föderalismusförderung (Art. 2 Abs. 1 Bst. a) und die Förderung des inländischen Föderalismus (Art. 2 Abs. 1 Bst. b und c) auf eine gemeinsame Rechtsgrundlage stellen soll. Der Bundesrat begründet diesen Ansatz damit, dass die (19.3008) Motion weder gestützt auf die bestehende Gesetzgebung noch mit der Ergänzung eines bestehenden Gesetzes umgesetzt werden könne. Es gebe derzeit kein Gesetz, das sowohl die Tätigkeit des internationalen Zentrums als auch diejenigen des nationalen Zentrums abdecke. Vor diesem Hintergrund regt der Regierungsrat an, zu prüfen, ob die notwendige Rechtsgrundlage für die Bundesfinanzierung des internationalen Zentrums des IFF durch eine gezielte Ergänzung eines bestehenden Gesetzes geschaffen werden könnte. Zu prüfen wäre beispielsweise das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Dementsprechend wäre der Vollzug der neuen Finanzierungsbestimmungen nicht beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (Bundesamt für Justiz), sondern beim EDA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit [DEZA]) anzusiedeln. Ein Zusammenwirken des internationalen Zentrums des IFF mit der DEZA entspricht auch der langjährigen Praxis.

Zwar wäre es sachgerecht, wenn der Bund auch für das nationale Zentrum einen Sockelbeitrag leisten würde (in der Höhe der Kantonsbeiträge), zumal die Föderalismus-Dienstleistungen des IFF im Interesse sowohl der Kantone als auch des Bundes sind. Für den nationalen Teil des Zentrums könnte jedoch aufgrund des geringen Finanzbedarfs auf die Schaffung einer formell-gesetzlichen Grundlage verzichtet und die Mitfinanzierung auf andere Weise sichergestellt werden.

Der Regierungsrat befürwortet folglich eine klar geregelte und kontinuierliche finanzielle Unterstützung des Bundes für das IFF, insbesondere für das internationale Zentrum des IFF. Dazu sind Alternativen zum vom Bundesrat vorgeschlagenen Weg über ein Spezialgesetz abzuklären. So kann die finanzielle Bundesunterstützung für die beiden Zentren des IFF eventuell separat geregelt und – wo nötig – Gesetzesgrundlagen in bereits bestehenden Bundesgesetzen ergänzt werden. Aus Sicht des Regierungsrats könnte die (19.3008) Motion so allenfalls auf gezieltere Art umgesetzt werden.

Schliesslich regt der Regierungsrat an, den expliziten Ausschluss der Unterstützung von Forschungs- und Lehrtätigkeiten im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG) sowie von Weiterbildungen im Sinne des Bundesgesetzes über die Weiterbildung (WeBiG) im Fall einer alternativen Umsetzung der (19.3008) Motion unbedingt beizubehalten. Damit wird einerseits verhindert, dass das IFF bei der Finanzierung seiner Forschungs- und Lehrtätigkeiten gegenüber anderen, in diesem Bereich ebenfalls Forschung und Lehre betreibenden Institutionen indirekt bevorteilt wird. Andererseits wird dadurch auch verhindert, dass die Universität Freiburg, die bereits über HFKG finanziert wird, gegenüber den anderen Schweizer Hochschulen indirekt bevorzugt wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Dieter Egli
Landstatthalter

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie
• jonas.amstutz@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Appenzell, 13. Mai 2024

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie teilt die Meinung des Bundesrats, dass eine zusätzliche Subventionierung eines einzigen Instituts, das zu einer Universität gehört und welches von Projektbeiträgen bereits heute über die bestehende Gesetzgebung zur Förderung der Hochschulen (HFKG) profitiert, nicht angebracht ist. Aus diesem Grund ist die vorgeschlagene neue gesetzliche Grundlage einzig für das Institut für Föderalismus und damit die Installierung einer neuen Bundesaufgabe abzulehnen.

In Zeiten, wo der Bundeshaushalt keine zusätzlichen Ausgaben verträgt, scheint es angebracht, auch keine neuen finanziellen Verpflichtungen wie zum Beispiel zur Förderung des Föderalismus im Ausland einzugehen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 4. Juli 2024

**Eidg. Vernehmlassung; Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus ;
Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement den Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus in die Vernehmlassung gegeben.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er schliesst sich der Beurteilung des Bundesrates mit seiner grundsätzlich ablehnenden Haltung zum Erlass eines Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das IFF an. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso ein einzelnes Institut oder eine einzelne Hochschule mittels eines spezifischen Gesetzes finanzielle Unterstützung des Bundes erhalten sollte. Diese Privilegierung des IFF würde zu einer Benachteiligung bzw. Ungleichbehandlung anderer wissenschaftlicher Institute oder Hochschulen führen, die ähnliche Leistungen anbieten. Gleichzeitig stünde ein solches Gesetz im Widerspruch zu den Bemühungen der Kantone und des Bundes in Richtung einer klaren Aufgabenteilung. Weiter droht dem Haushalt des Bundes in den kommenden Jahren ein strukturelles Defizit. Zur Entlastung des Haushaltes werden vom Bund auch Massnahmen mit negativen Auswirkungen auf die finanzpolitische Lage der Kantone geprüft. Entsprechend sollten neue Ausgaben des Bundes mit Bedacht und zielgerichtet eingeführt werden. Der Bund kann, wie oben beschrieben, das IFF bereits heute finanziell unterstützen und er tut dies punktuell. Auch aus diesem Grund ist auf eine eigene Gesetzesgrundlage zu verzichten. Weiter werden auch die Bedenken des Bundesrates hinsichtlich der Ausschöpfung der Selbstfinanzierungs- oder anderer Finanzierungsmöglichkeiten gemäss dem SuG geteilt. Dass sich das IFF, wie im erläuternden Bericht beschrieben, im Tätigkeitsbereich gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. b des Entwurfes des Bundesgesetzes weiterhin bemühen wird, die mit seinen Tätigkeiten verbundenen Kosten soweit möglich den Leistungsempfängern zu verrechnen, ist aus Sicht des Regierungsrates nicht gesichert.

Zusätzliche Probleme sieht der Regierungsrat in der unscharfen Abgrenzung der Aufgaben zwischen dem IFF und der ch Stiftung. Im erläuternden Bericht wird die geplante Finanzierung unter anderem damit begründet, dass das IFF damit seine Rolle als Anlaufstelle für Anfragen zum Thema Föderalismus wahrnehmen und zur Sensibilisierung öffentlicher Akteure für Fragen des Föderalismus beitragen könne. Diese im Gesetzesentwurf



in Art. 2 Abs. 1 Bst. b konkretisierten Aufgaben werden nach Ansicht des Regierungsrates bereits durch die ch Stiftung wahrgenommen und bedürfen keiner Subventionen durch den Bund. Die Kantone leisten – wie oben ausgeführt – bereits heute über die ch Stiftung einen Beitrag von Fr. 100'000 an das Nationale Zentrum des IFF. Schliesslich wird in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) momentan über die Neuausrichtung und Entschlackung des Föderalismusmonitorings diskutiert, welches das IFF im Auftrag der ch Stiftung durchführt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

RRB Nr.: 654/2024
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

26. Juni 2024

Vernehmlassung des Bundes: Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus. Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum oben erwähnten Bundesgesetz Stellung nehmen zu können. Er hat dazu die nachfolgenden Bemerkungen und Anträge.

1. Zustimmung zur Stärkung des Instituts für Föderalismus (IFF)

Das bestehende Know-how in der Schweiz in Bezug auf den Föderalismus ist beträchtlich. Aus Sicht des Regierungsrats ist es unbestritten, dass es im Interesse aller Staatsebenen ist, dieses Wissen sowohl gegen innen wie auch gegen aussen zu fördern, zu pflegen und zu erhalten. Gegen innen wird dadurch eine der tragenden Säulen des schweizerischen Bundesstaates gepflegt und weiterentwickelt. Gegen aussen kann die Schweiz mit dem Anbieten dieser Kenntnisse gegenüber anderen Ländern den Föderalismus konkret fördern und damit gleichzeitig einen Beitrag zur positiven Wahrnehmung für diese Staatsform leisten.

Das Institut für Föderalismus (IFF) leistet dazu aus Sicht des Regierungsrats einen wichtigen Beitrag im Interesse von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Regierungsrat begrüsst daher, dass die eidgenössischen Räte mit der Überweisung der Motion 19.3008 die Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine adäquate Bundesfinanzierung in Auftrag gegeben haben.

Aus Sicht des Regierungsrats ist eine Bundesfinanzierung insbesondere für das Internationale Zentrum des IFF notwendig und sachgerecht. Das IFF erfüllt in diesem Bereich Aufgaben im Interesse und Zuständigkeitsbereich des Bundes, da die internationale Entwicklungszusammenarbeit, einschliesslich der Förderung der Demokratie, primär Sache des Bundes ist (vgl. Art. 54 BV). Durch eine kontinuierliche, finanzielle Bundesbeteiligung wird zudem das in diesem Bereich durch das IFF erworbene, international anerkannte Know-how langfristig gesichert. Eine

solche Finanzierung sollte sich an der langjährigen, bewährten Zusammenarbeit des Bundes (EDA) mit dem Internationalen Zentrum des IFF orientieren.

Schliesslich ist festzuhalten, dass bei der Sicherstellung einer kontinuierlichen Bundesfinanzierung im Vergleich zum aktuellen Zustand nicht unbedingt mit Mehrkosten zu rechnen ist, weil dann nicht mehr externe Dienstleister mit Leistungen mandatiert werden müssen, die das Internationale Zentrum des IFF in hoher Qualität und mit einer Schweizer Perspektive erbringen kann.

2. Erwägungen zur Umsetzung in Form eines Spezialgesetzes

Das IFF besteht aus einem Nationalen Zentrum und einem Internationalen Zentrum, die seit 2019 administrativ und finanziell unabhängig tätig sind. Die Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der überwiesenen Motion 19.3008 sieht ein eigenes Bundesgesetz vor, das die Bundesfinanzhilfen für die internationale Föderalismusförderung (Art. 2 Abs.1 Bst. a) und die Förderung des inländischen Föderalismus (Art. 2 Abs. 1 Bst. b und c) auf eine gemeinsame Rechtsgrundlage stellen soll. Der Bundesrat begründet diesen Ansatz damit, dass die Motion 19.3008 weder gestützt auf die bestehende Gesetzgebung noch mit der Ergänzung eines bestehenden Gesetzes umgesetzt werden könne. Es gebe derzeit kein Gesetz, das sowohl die Tätigkeit des Internationalen Zentrums als auch diejenige des Nationalen Zentrums abdecke.

Aus Sicht des Regierungsrats ist zu prüfen, ob die benötigte Rechtsgrundlage für die Bundesfinanzierung des Internationalen Zentrums über eine gezielte Ergänzung eines bestehenden Gesetzes geschaffen werden könnte. Zu prüfen wären dabei z.B. das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Dementsprechend wäre der Vollzug der neuen Finanzierungsbestimmungen nicht beim EJPD (BJ), sondern beim EDA (DEZA) anzusiedeln. Ein Zusammenwirken des Internationalen Zentrums des IFF mit der DEZA entspricht denn auch der langjährigen, etablierten Praxis.

Zwar wäre es sachgerecht, wenn der Bund auch für das Nationale Zentrum einen Sockelbeitrag leisten würde (in der Höhe der Kantonsbeiträge), zumal die Föderalismus-Dienstleistungen des IFF im Interesse sowohl der Kantone als auch des Bundes sind. Der Finanzierungsbedarf ist jedoch in diesem Bereich aus Gesamtsicht eher bescheiden, weshalb ein Verzicht auf die Schaffung einer formell-gesetzlichen Grundlage für eine Unterstützung des Nationalen Zentrums vertretbar wäre. Eine Co-Finanzierung für das Nationale Zentrum sollte stattdessen auf anderem Weg gesucht werden.

Der Regierungsrat befürwortet im Ergebnis eine klar geregelte, kontinuierliche finanzielle Unterstützung des Bundes für das IFF, insbesondere für das Internationale Zentrum des IFF. Er regt aber an, Alternativen zum vom Bundesrat vorgeschlagenen Weg über ein Spezialgesetz abzuklären. So könnten die finanzielle Bundesunterstützungen für die beiden Zentren des IFF eventuell separat geregelt und – wo nötig – Gesetzesgrundlagen in bereits bestehenden Bundesgesetzen ergänzt werden. Aus Sicht des Regierungsrats könnte die Motion 19.3008 so allenfalls auf einfachere und gezieltere Art umgesetzt werden.

3. Weiteres

Der Regierungsrat begrüsst es, dass die Unterstützung von Forschungs- und Lehrtätigkeiten im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich sowie Weiterbildungen im Sinne des Bundesgesetzes über

die Weiterbildung explizit ausgeschlossen werden. Damit wird einerseits verhindert, dass das IFF bei der Finanzierung seiner Forschungs- und Lehrtätigkeiten gegenüber anderen, in diesem Bereich ebenfalls Forschung und Lehre betreibenden Institutionen indirekt bevorteilt wird. Andererseits würde dadurch auch die Universität Freiburg, die bereits über das Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich finanziert wird, gegenüber den anderen Schweizer Hochschulen indirekt bevorzugt. Diese Einschränkung sollte auch im Falle einer alternativen Umsetzung der Motion 19.3008 unbedingt beibehalten werden.

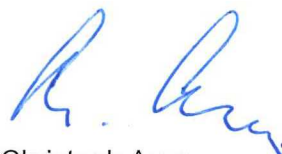
Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Evi Allemann
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Bildungs- und Kulturdirektion
- Staatskanzlei

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Per E-Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Liestal, 18. Juni 2024

Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans
Sehr geehrter Herr Amstutz
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) vom 10. April 2024 wurde der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus Stellung zu nehmen. Gerne lassen wir Ihnen unsere Stellungnahme hiermit zukommen.

I. Ausgangslage

Der Bundesrat legt vor dem Hintergrund zur Erfüllung der Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats (19.3008) «Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung» den Entwurf eines Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus (IFF) vor.

Dieses Gesetz soll es dem Bund ermöglichen, dem IFF zur Förderung des Föderalismus Finanzhilfen zu gewähren. Das IFF ist ein Institut der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg und wird von der Universität Freiburg in Zusammenarbeit mit der «ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit» geführt. Das IFF setzt sich mit verschiedenen Themenfeldern im Zusammenhang mit dem Föderalismus auseinander und besteht aus einem Nationalen und einem Internationalen Zentrum, die administrativ und finanziell voneinander unabhängig sind. Während sich das Nationale Zentrum dem schweizerischen Föderalismus und der schweizerischen Staatsorganisation widmet, fokussiert das Internationale Zentrum auf den vergleichenden Föderalismus und die vergleichende Staatsführung weltweit.

Die Vernehmlassungsvorlage schlägt zur Umsetzung der Motion 19.3008 ein eigenes Bundesgesetz vor. Dieses sieht Bundesfinanzhilfen für die Tätigkeiten des Nationalen und Internationalen Zentrums vor. Es handelt sich hier um Tätigkeiten wie die Förderung des Föderalismus auf inter-

nationaler Ebene, die Information, Beratung und Sensibilisierung in Bezug auf Fragen des schweizerischen Föderalismus und die Beobachtung des schweizerischen Föderalismus. Hingegen sollen keine Finanzhilfen für Forschungs- und Lehrtätigkeiten ausgerichtet werden. Geprüft worden war, ob bestehende Gesetze ausreichende Rechtsgrundlagen enthalten, um eine Finanzierung des IFF durch den Bund zu gewährleisten. Dabei habe sich gemäss dem erläuternden Bericht des EJPD jedoch gezeigt, dass es derzeit kein Gesetz gebe, welches eine Förderung sowohl des Nationalen als auch des Internationalen Zentrums ermögliche.

II. Stellungnahme zum Gesetzesentwurf

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft schätzt die Arbeit des Instituts für Föderalismus. Ein eigenes Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus lehnt er allerdings ab. Es soll kein Präzedenzfall geschaffen und verhindert werden, dass zukünftig die Finanzierung einzelner Institute mit eigenen Bundesgesetzen geregelt wird.

Sollte ein Spezialgesetz dennoch unumgänglich sein, ist es dem Regierungsrat ein grosses Anliegen, dass darin die Unterstützung von Forschungs- und Lehrtätigkeiten im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) und im Sinne des Bundesgesetzes über die Weiterbildung (WeBiG) explizit ausgeschlossen wird. Dies würde einer Bevorzugung des IFFs bei der Finanzierung seiner Forschungs- und Lehrtätigkeiten gegenüber anderen Institutionen, respektive einer Bevorzugung der Universität Freiburg gegenüber anderen Schweizer Hochschulen gleichkommen, was der Regierungsrat strikt ablehnt.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bittet um Berücksichtigung unserer Anliegen im Rahmen der Vernehmlassung.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

An das
Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Basel, 2. Juli 2024

**Regierungsratsbeschluss vom 2. Juli 2024
Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für
Föderalismus; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. April 2024 haben Sie uns die Unterlagen im Rahmen der Vernehmlassung über den Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus (IFF) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt entnimmt seine Erwägungen aus der Stellungnahme des Leitenden Ausschusses der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Er begrüsst es, dass die Unterstützung von Forschungs- und Lehrtätigkeiten des IFF im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich sowie Weiterbildungen im Sinne des Bundesgesetzes über die Weiterbildung explizit ausgeschlossen werden. Damit wird verhindert, dass das IFF bei der Finanzierung seiner Forschungs- und Lehrtätigkeiten gegenüber anderen, in diesem Bereich ebenfalls Forschung und Lehre betreibenden Institutionen, indirekt bevorteilt wird. Diese Einschränkung sollte auch im Falle einer alternativen Umsetzung der Motion 19.3008 unbedingt beibehalten werden.

Eine Bundesfinanzierung erachtet der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt grundsätzlich als sachgerecht. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit, einschliesslich der Förderung der Demokratie, ist primär Sache des Bundes (vgl. Art. 54 BV). Das IFF erfüllt in diesem Bereich Aufgaben im Interesse und Zuständigkeitsbereich des Bundes.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Für Rückfragen steht Ihnen gerne die Leiterin Bereich Hochschulen, Frau Dr. Ariane Bürgin,
E-Mail: ariane.buergin@bs.ch, Tel. 061 267 40 10, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Staatsrat
Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Freiburg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/sr

PER E-MAIL

Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements EJPD
Herrn Beat Jans
Bundesrat
3003 Bern

E-Mail: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Freiburg, den 24. Juni 2024

2024-531

Vernehmlassung des Bundes: Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Der Freiburger Staatsrat dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Freiburger Staatsrat befürwortet den vorgeschlagenen Gesetzesentwurf, der im Sinne der Motion 19.3008 die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Dienstleistungen des Institutes für Föderalismus IFF im nationalen und internationalen Bereich regelt. Der Föderalismus gehört zu den tragenden Pfeilern des politischen Systems der Schweiz und gilt weltweit als Vorbild für eine Staatsordnung. Es ist im Interesse aller Staatsebenen, dieses Wissen sowohl gegen innen wie gegen aussen zu fördern, zu pflegen und zu erhalten.

Mit dem Nationalen Zentrum erbringt das IFF seit Jahrzehnten wertvolle Dienstleistungen. Es dokumentiert und analysiert relevante Entwicklungen im Bereich des Föderalismus. Die Grundfinanzierung dieser nationalen Dienstleistungen finanzieren zurzeit die Kantone über die «ch Stiftung», gemeinsam mit dem Kanton Freiburg und der Universität Freiburg. Wenn sich auch der Bund finanziell beteiligt, dann stärkt dies in den Augen der Freiburger Regierung den Föderalismus als Grundpfeiler des schweizerischen Zusammenlebens.

Mit dem Internationalen Zentrum verfügt das Institut über wertvolle Erfahrung im Empfang von ausländischen Delegationen. Das IFF berät, oft im Auftrag des Bundes, Regierungen und Konfliktparteien. Der Freiburger Staatsrat ist der Ansicht, dass das Institut dadurch zur Friedensförderung, zur Armutsbekämpfung und zu einer positiven Wahrnehmung der Schweiz in der Welt beiträgt. Entwicklungszusammenarbeit ist jedoch Kompetenz des Bundes. Die Kantonsregierung begrüsst deshalb eine finanzielle Beteiligung des Bundes in diesem Bereich. Das erworbene international anerkannte Know-how wird so langfristig gesichert, und der Bund muss nicht mehr externe Dienstleister mit Leistungen mandatieren. Somit entstehen dem Bund gegenüber heute keine zusätzlichen Kosten.

Seit 2019 sind das Nationale und Internationale Zentrum administrativ und finanziell unabhängig. Der Bundesrat sieht jedoch vor, beide unter dieselbe Rechtsgrundlage zu stellen. Der Freiburger Staatsrat befürwortet zwar einen Sockelbeitrag des Bundes auch für das Nationale Zentrum, dessen

Dienstleistungen auch im Interesse des Bundes sind. Der vorgesehene Beitrag, in der Höhe der Kantonsbeiträge, ist jedoch bescheiden, weshalb auf eine gesetzliche Grundlage verzichtet und eine andere Lösung gefunden werden könnte.

Der Freiburger Staatsrat befürwortet jedoch eine klar geregelte und kontinuierliche Unterstützung des Bundes insbesondere für das Internationale Zentrum. Er hat sich allerdings die Frage gestellt, ob für den internationalen Bereich nicht bereits eine Rechtsgrundlage besteht, die möglicherweise angepasst werden könnte, etwa im Bundesgesetz über zivile Friedensförderung oder im Bundesgesetz über internationale Entwicklungszusammenarbeit. Dementsprechend wäre der Vollzug zur Finanzierung nicht beim EJPD (BJ), sondern beim EDA (DEZA) anzusiedeln. Dies würde der langjährigen guten Zusammenarbeit des IFF mit der DEZA entsprechen, und die Motion 19.3008 könnte so auf einfache und gezielte Art umgesetzt werden.

Der Freiburger Staatsrat möchte auch betonen, dass der vorliegende Gesetzesentwurf das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz nicht tangiert. Dieses regelt Beiträge im Bereich der Lehre und Forschung. Beim Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus handelt es sich jedoch ausschliesslich um die Erbringung von Dienstleistungen. Das IFF wird somit bei der Finanzierung seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit gegenüber anderen Institutionen nicht bevorteilt. Diese Einschränkung sollte auch im Falle einer alternativen Umsetzung der Motion 19.3008 beibehalten werden.

Der Bund äussert auch Bedenken zum Subventionsgesetz und zweifelt, dass die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Tatsache ist, dass die Universität, die Kantone und der Kanton Freiburg das Institut bereits heute mit erheblichen Mitteln unterstützen. Der Beitrag des Bundes würde deshalb unter 50 % liegen. Die Bedenken betreffend Subventionsgesetz sind demzufolge unbegründet. Der Staatsrat möchte in diesem Zusammenhang auch klarstellen, dass sich der Bund bisher nicht an der Grundfinanzierung beteiligt. Die DEZA hatte einzig einen Vertrag zur Finanzierung von Dienstleistungen. Dieser wurde jedoch von der DEZA auf Ende 2024 gekündigt.

Abschliessend möchte der Staatsrat betonen, dass der Bund mit einer finanziellen Beteiligung am IFF wesentlich zur Entwicklung des Föderalismus beiträgt und das föderale System der Schweiz weiterhin über unserer Landesgrenze hinausstrahlen lässt.

Der Freiburger Staatsrat dankt Ihnen für die Kenntnisnahme seiner Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Staatsrats:

Jean-Pierre Siggen, Präsident



Danielle Gagnaux-Morel, Staatskanzlerin

Kopie

—

an die Direktion für Bildung und kulturelle Angelegenheiten, für sich das Amt für Universitätsfragen;
an die Staatskanzlei.



Genève, le 26 juin 2024

Le Conseil d'Etat

2798-2024

Département fédéral de justice et police
(DFJP)
Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme - réponse à la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons bien reçu votre consultation sur le projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme (IFF) du 10 avril 2024.

La Suisse peut se targuer d'une expertise considérable dans le domaine du fédéralisme, qu'il est justifié de préserver et promouvoir, aussi bien à l'intérieur du pays qu'à l'étranger. À l'interne, cela revient à soutenir et à développer l'un des piliers fondamentaux du système politique suisse. En proposant cette expertise à d'autres pays, la Suisse peut promouvoir le fédéralisme à l'international et contribuer au développement d'une perception positive de cette forme de gouvernement.

Notre Conseil estime que l'Institut du fédéralisme joue un rôle majeur dans ce domaine, dans l'intérêt de la Confédération, des cantons et des communes. Il salue par conséquent le fait que les Chambres fédérales aient transmis la motion 19.3008 demandant la création d'une base légale pour un soutien financier adéquat de la Confédération en faveur de l'IFF.

Genève considère qu'il est tout à fait pertinent que le soutien financier de la Confédération s'adresse en particulier au Centre international de l'IFF. L'IFF s'acquitte à cet égard de tâches dans l'intérêt de la Confédération et qui touchent directement à ses compétences, parmi lesquelles la coopération au développement et la promotion de la démocratie. Une participation financière continue de la Confédération permettrait par ailleurs de pérenniser l'expertise acquise dans ce domaine par l'IFF, largement reconnue à l'échelle internationale. Ce financement pourrait s'inspirer de la collaboration que mène la Confédération (DFAE) depuis de nombreuses années avec le Centre international de l'IFF.

Enfin, il convient de préciser qu'un financement continu assuré par la Confédération n'entraînerait pas nécessairement un surcoût dans la mesure où certaines prestations actuellement externes pourraient être avantageusement confiées au Centre international de l'IFF.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

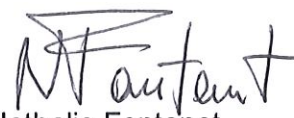
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :



Nathalie Fontanet

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Glarus, 4. Juli 2024
Unsere Ref: 2024-188

**Vernehmlassung i. S. Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut
für Föderalismus (IFF)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

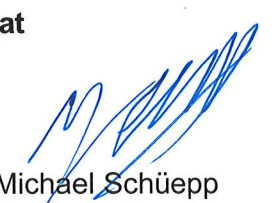
Die mit der Vorlage bezweckte Schaffung einer klaren Regelung für die kontinuierliche finanzielle Unterstützung des Bundes für das IFF, insbesondere für das Internationale Zentrum des IFF wird grundsätzlich befürwortet. Es wird jedoch angeregt, nochmals die Alternativen zum vom Bundesrat vorgeschlagenen Weg über ein Spezialgesetz zu prüfen. Der Regierungsrat bevorzugt die Ergänzung bereits bestehender Bundesgesetze. Das gleiche Ziel liesse sich so auf einfachere Art umsetzen. Begrüsst wird vom Regierungsrat weiter, dass die Unterstützung von Forschungs- und Lehrtätigkeiten im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich sowie Weiterbildungen im Sinne des Bundesgesetzes über die Weiterbildung explizit ausgeschlossen werden. Diese Einschränkung soll unbedingt beibehalten werden.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

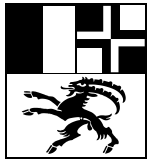
Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Kaspar Becker
Landammann


Michael Schüepp
Ratsschreiber-Stv.

E-Mail an (PDF- und Word-Version): jonas.amstutz@bj.admin.ch



Sitzung vom

18. Juni 2024

Mitgeteilt den

19. Juni 2024

Protokoll Nr.

512/2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesrat Beat Jans

Per E-Mail (PDF und Word) an: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus.

Die Regierung des Kantons Graubünden nimmt wie folgt Stellung:

1. Zustimmung zur Stärkung des Instituts für Föderalismus (IFF)

Das Know-how in der Schweiz in Bezug auf den Föderalismus ist beträchtlich. Es ist unbestritten, dass es im Interesse aller Staatsebenen ist, dieses Wissen sowohl gegen innen wie auch gegen aussen zu fördern, zu pflegen und zu erhalten sowie den Föderalismus weiter zu erforschen.

Das Institut für Föderalismus (IFF) leistet dazu einen wichtigen Beitrag im Interesse von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Regierung begrüsst es daher, dass die eidgenössischen Räte mit der Überweisung der Motion 19.3008 die Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine adäquate Bundesfinanzierung in Auftrag gegeben haben. Eine Bundesfinanzierung ist insbesondere für das Internationale Zentrum des IFF notwendig und sachgerecht. Das IFF erfüllt in diesem Bereich Aufgaben im Interesse

und Zuständigkeitsbereich des Bundes, da die internationale Entwicklungszusammenarbeit, einschliesslich der Förderung der Demokratie, primär Sache des Bundes ist (vgl. Art. 54 Bundesverfassung, BV; SR 101). Durch eine kontinuierliche, finanzielle Bundesbeteiligung wird zudem das in diesem Bereich durch das IFF erworbene, international anerkannte Know-how langfristig gesichert. Eine solche Finanzierung sollte sich an der langjährigen, bewährten Zusammenarbeit des Bundes (EDA) mit dem Internationalen Zentrum des IFF orientieren.

Schliesslich ist festzuhalten, dass bei der Sicherstellung einer kontinuierlichen Bundesfinanzierung im Vergleich zum aktuellen Zustand nicht unbedingt mit Mehrkosten zu rechnen ist, weil dann nicht mehr externe Dienstleistende mit Leistungen mandatiert werden müssen, die das Internationalen Zentrum des IFF in hoher Qualität und mit einer Schweizer Perspektive erbringen kann.

2. Erwägungen zur Umsetzung in Form eines Spezialgesetzes

Die Vernehmlassungsvorlage sieht ein eigenes Bundesgesetz vor, das die Bundesfinanzhilfen für die internationale Föderalismusförderung (Art. 2 Abs.1 Bst. a) und die Förderung des inländischen Föderalismus (Art. 2 Abs. 1 Bst. b und c) auf eine gemeinsame Rechtsgrundlage stellen soll.

Aus Sicht der Regierung sollte nochmals abgeklärt werden, ob die benötigte Rechtsgrundlage für die Bundesfinanzierung des Internationalen Zentrums über eine gezielte Ergänzung eines bestehenden Gesetzes geschaffen werden könnte. Zu prüfen wären dabei z. B. das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0). Dementsprechend wäre der Vollzug der neuen Finanzierungsbestimmungen nicht beim EJPD (BJ), sondern beim EDA (DEZA) anzusiedeln. Ein Zusammenwirken des Internationalen Zentrums des IFF mit der DEZA entspricht denn auch der langjährigen, etablierten Praxis.

Zwar wäre es sachgerecht, wenn der Bund auch für das Nationale Zentrum einen Sockelbeitrag leisten würde (in der Höhe der Kantonsbeiträge), zumal die Föderalismus-Dienstleistungen des IFF im Interesse sowohl der Kantone als auch des Bundes sind. Der Finanzierungsbedarf ist jedoch in diesem Bereich aus Gesamtsicht eher

bescheiden, weshalb ein Verzicht auf die Schaffung einer formell-gesetzlichen Grundlage für eine Unterstützung des Nationalen Zentrums vertretbar wäre.

3. Sonstige Erwägungen

Die Regierung begrüsst es, dass die Unterstützung von Forschungs- und Lehrtätigkeiten im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG; SR 414.20) sowie Weiterbildungen im Sinne des Bundesgesetzes über die Weiterbildung (WeBiG; SR 419.1) explizit ausgeschlossen werden. Damit wird einerseits verhindert, dass das IFF bei der Finanzierung seiner Forschungs- und Lehrtätigkeiten gegenüber anderen, in diesem Bereich ebenfalls Forschung und Lehre betreibenden Institutionen indirekt bevorteilt wird. Andererseits würde dadurch auch die Universität Freiburg, die bereits über das HFKG finanziert wird, gegenüber den anderen Schweizer Hochschulen indirekt bevorzugt. Diese Einschränkung sollte auch im Falle einer alternativen Umsetzung der Motion 19.3008 unbedingt beibehalten werden.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Parolini", written over a faint circular stamp.

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Spadin", written over a faint circular stamp.

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de justice et police
3003 Berne
Par e-mail

Delémont, le 25 juin 2024

**Projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme :
ouverture de la procédure de consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement jurassien a pris connaissance du projet de loi sur les aides financières en faveur de l'institut du fédéralisme (IFF). Après analyse de tous les éléments, il peut globalement le soutenir, tout en se permettant de suggérer d'autres pistes que l'élaboration d'une loi spécifique.

La Suisse peut se targuer d'une expertise considérable dans le domaine du fédéralisme et il est important de promouvoir cette expertise aussi bien à l'interne, qu'à l'externe, de la faire fructifier et de la préserver.

À l'interne, cela revient à soutenir et à développer l'un des piliers fondamentaux du système politique suisse. En proposant cette expertise à d'autres pays, la Suisse peut promouvoir le fédéralisme à l'international et contribuer au développement d'une perception positive de cette forme de gouvernement. L'Institut du Fédéralisme joue un rôle majeur dans ce domaine, dans l'intérêt de la Confédération, des cantons et des communes.

La motion 19.3008 demandant la création d'une base légale pour un soutien financier adéquat de la Confédération en faveur de l'IFF, déposée par la commission des institutions politiques du Conseil national en février 2019, vise à pérenniser cette institution et en garantir son financement.

Depuis 2019, l'institut se compose d'un Centre national et d'un Centre international qui fonctionnent séparément sur les plans administratif et financier. Le projet mis en consultation prévoit une loi fédérale ad hoc qui doit donner une base juridique commune aux aides financières fédérales destinées à la promotion du fédéralisme au niveau international (art. 2, al. 1, let. a) et à la promotion du fédéralisme au niveau national (art. 2, al. 1, let. b et c).

Afin de conserver l'autonomie des deux centres, le Gouvernement jurassien suggère que soient envisagées d'autres solutions que la loi spéciale proposée par le Conseil fédéral. Le soutien financier prévu pour les deux centres de l'IFF pourrait, par exemple, être réglé séparément et - si nécessaire - les bases légales être complétées dans des lois fédérales existantes. Cela permettrait de mettre en œuvre la motion 19.3008 plus simplement et de manière plus ciblée.

Le Gouvernement jurassien vous remercie de l'avoir consulté à ce propos et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Rosalie Beuret Siess
Présidente




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'Etat

Annexe ment.



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement EJPD

per E-Mail

jonas.amstutz@bj.admin.ch

Luzern, 21. Mai 2024

Protokoll-Nr.: 544

**Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus:
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit, im Rahmen des oben genannten Vernehmlassungsverfahrens Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates erlauben wir uns folgende Bemerkungen:

Das Institut für Föderalismus (IFF) der Universität Freiburg befasst sich unbestrittenermassen mit einem für die Schweiz relevanten Thema und leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Schweizer Föderalismus. In der Schweiz bestehen an zahlreichen Universitäten und anderen Hochschulen Institute, die ebenfalls Themen bearbeiten, welche von grosser Bedeutung für die Schweiz sind. Diese erhalten jedoch keine zusätzliche Finanzierung des Bundes. Eine regelmässige Finanzierung des IFF führt dazu, dass die Universität Freiburg bzw. das IFF gegenüber den anderen Schweizer Universitäten und ihren Instituten bevorzugt behandelt wird. Deshalb teilen wir die skeptische Haltung des Bundesrats zur geplanten zusätzlichen Finanzierung des IFF und sprechen uns gegen das Bundesgesetz aus. Dies umso mehr, als der Bund bereits heute finanzielle Beiträge für die Grundkosten der Universität Freiburg (und somit auch des IFF) leistet und auch Projekte des Instituts finanziell fördert. Zudem bezahlen die Kantone über die «ch Stiftung» einen Beitrag von 100'000 Franken pro Jahr an das IFF.

Abgesehen davon wäre zu prüfen, ob die drei Tätigkeitsbereiche, für welche Finanzhilfen genannt werden, über konkrete Mandate alimentiert werden könnten, wenn ein Bedarf an den Dienstleistungen des Instituts besteht. So könnten beispielsweise die genannte Anlaufstelle für Anfragen zum Thema Föderalismus oder das Föderalismus-Monitoring allenfalls über einen Leistungsauftrag mit dem Bund geregelt werden.

Für den Erhalt der Finanzhilfen müsste das IFF alle vier Jahre ein Gesuch mit ausführlicher Beschreibung der Tätigkeiten usw. beim Bund einreichen. Zudem müsste das IFF jährlich über die Verwendung der Finanzhilfen berichten. Damit bieten die Finanzhilfen gegenüber anderen Formen der Finanzierung auch hinsichtlich des administrativen Aufwands kaum Vorteile.

Sollte das Bundesgesetz dennoch in Kraft treten, verweisen wir darauf, dass die Beiträge an das IFF nicht auf Kosten der anderen Universitäten finanziert werden sollten, sondern vom Bund zusätzlich zur Verfügung zu stellen wären.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüße



Ylfete Fanaj
Regierungsrätin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courrier électronique (Word et PDF)

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Jonas.amstutz@bj.admin.ch

Projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme : procédure de consultation

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous vous remercions de nous donner l'occasion de nous prononcer sur le projet de loi susmentionné.

Le Conseil d'État tient à se positionner en fervent défenseur du fédéralisme. Le fédéralisme est un principe fondateur des institutions politiques et de la démocratie en Suisse, tout en agissant comme un levier pour l'innovation politique et la cohésion sociale. Des expériences peuvent en effet être menées aux différents niveaux des communes, des cantons et de la Confédération, au plus près des besoins des populations concernées.

Le Conseil d'État estime que l'Institut du fédéralisme (IFF) joue un rôle majeur dans son domaine de compétences, dans l'intérêt de la Confédération, des cantons et des communes. Afin que cette organisation s'ancre dans le paysage institutionnel du pays, il salue le fait que les Chambres fédérales aient transmis la motion 19.3008 demandant la création d'une base légale pour un soutien financier adéquat de la Confédération en faveur de l'IFF.

Le Conseil d'État tient également à souligner l'importance d'un soutien aux deux centres qui composent l'IFF : le Centre national et le Centre international. Il lui paraîtrait acceptable que ces soutiens soient ancrés dans des bases légales distinctes, étant donné qu'ils concernent des publics et des objectifs différents.

Nous vous remercions de votre attention et vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 3 juillet 2024



Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
F. NATER

La chancelière,
S. DESPLAND

NE



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 25. Juni 2024

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. April 2024 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus und zum erläuternden Bericht dazu Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit dazu und lassen uns wie folgt vernehmen.

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus erstellt. Wir stimmen dieser Stellungnahme zu. Im Weiteren haben wir keine Anmerkungen anzubringen.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Michèle Blöchliger
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- jonas.amstutz@bj.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach, Staatskanzlei

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement
Bundeshaus West
3003 Bern

Mail an:
Jonas.amstutz@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen:
Unser Zeichen: ue

Sarnen, 3. Juli 2024

Entwurf eines Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Entwurf eines Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus zukommen lassen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Neben der direkten Demokratie ist der Föderalismus eine der tragenden Säulen des schweizerischen Bundesstaats. Das Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF) leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Schweizer Föderalismus. Die Kantone unterstützen das Nationale Zentrum des IFF über die „ch Stiftung“ mit einem Beitrag von jährlich Fr. 100 000.– sowie mit einem Beitrag des Standortkantons Freiburg von Fr. 30 000.–. Dies bei einem Gesamtetat von rund Fr. 200 000.–.

Dem Internationalen Zentrum des IFF mit einem Gesamtetat von Fr. 600 000.– bis 1 Million Franken fehlt eine gesetzliche Grundlage zur Finanzierung durch den Bund. Diese soll mit dem Gesetzesentwurf neu geschaffen werden. Angesichts des angespannten Bundeshaushalts sieht der Kanton Obwalden die gesetzliche Verankerung zusätzlicher Bundesaufgaben kritisch und lehnt deshalb die Vorlage ab.

Der Kanton Obwalden teilt zudem die Bedenken des Bundesrats, wonach mit der einseitigen Privilegierung eines universitären Instituts eine Benachteiligung anderer Institute, die für die Schweiz ebenfalls von grosser Wichtigkeit sind, entstehen kann.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Josef Hess
Landammann



Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 1. Juli 2024

**Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus;
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. April 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum geplanten Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus ein. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns gern wie folgt:

Die Regierung des Kantons St.Gallen anerkennt die bedeutende Rolle, die das Institut für Föderalismus sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene bei der Stärkung und Weiterentwicklung der föderalistischen Staatsstrukturen spielt. Die zusätzliche Finanzierung eines einzelnen universitären Instituts durch ein eigens dafür geschaffenes Bundesgesetz erachten wir jedoch nicht als zielführend. Mit diesem Vorgehen wird dem Prinzip der Gleichbehandlung der Universitäten nicht ausreichend Rechnung getragen. Es könnte ein Präzedenzfall geschaffen werden, der Anreiz bietet, finanzielle Sonderregelungen im Hochschulbereich über eine Motion zu bestellen. Darüber hinaus scheint die Konformität des vorgesehenen Erlasses mit dem eidgenössischen Subventionsgesetz (SR 616.1) nicht vollumfänglich gegeben, was wiederum zu Rechtsunsicherheiten führen könnte.

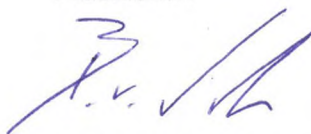
Wir sind der Auffassung, dass das Institut für Föderalismus weiterhin über die jährlichen Beiträge an die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit sowie über die Hochschulförderung unterstützt werden soll. Nötigenfalls können diese Beiträge im Rahmen der jeweiligen ordentlichen Budgetplanung massvoll erhöht werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung



Susanne Hartmann
Präsidentin



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Per Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Schaffhausen, 2. Juli 2024

**Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus;
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur eingangs erwähnten Vernehmlassung und nehmen dazu fristgerecht Stellung.

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen steht der Vorlage grundsätzlich kritisch gegenüber und lehnt die Gesetzesvorlage ab. Wir teilen die skeptische Haltung des Bundesrates. Das Institut für Föderalismus der Universität Freiburg befasst sich unbestrittenermassen mit einem für die Schweiz relevanten Thema und leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Schweizer Föderalismus. In der Schweiz bestehen an zahlreichen Universitäten und anderen Hochschulen Institute, die ebenfalls Themen bearbeiten, welche von grosser Bedeutung für die Schweiz sind. Diese erhalten jedoch keine zusätzliche Finanzierung des Bundes. Eine regelmässige Finanzierung des IFF führt dazu, dass die Universität Freiburg bzw. das IFF gegenüber den anderen Schweizer Universitäten und ihren Instituten bevorzugt behandelt wird. Zudem bezahlen die Kantone über die «ch Stiftung» einen Beitrag von 100'000 Franken pro Jahr an das IFF.

Ein solches Spezial(finanzierungs)gesetz steht zudem im Widerspruch zu den Bemühungen der Kantone und des Bundes in Richtung einer klaren Aufgabenteilung. Weiter droht dem Bundeshaushalt in den kommenden Jahren ein strukturelles Defizit. Zur Entlastung des Haushaltes werden vom Bund auch Massnahmen mit negativen Auswirkungen auf die

finanzpolitische Lage der Kantone geprüft. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass das IFF bereits heute durch den Bund im Rahmen des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes und mittels punktueller Mandate finanziell unterstützt wird. Auf dieser Basis sollte und kann die punktuelle Unterstützung des IFF durch den Bund weitergeführt werden.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "P. Strasser".

Patrick Strasser

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Dr. Bilger".

Dr. Stefan Bilger



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern
jonas.amstutz@bj.admin.ch
(Word und PDF Version)

Schwyz, 25. Juni 2024

Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. April 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Kantonsregierungen die Unterlagen zum Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus zur Vernehmlassung bis 12. Juli 2024 unterbreitet.

Der Regierungsrat teilt die Skepsis des Bundesrats. Die zusätzliche Subventionierung eines einzelnen Instituts, das zu einer Universität gehört und über unterschiedliche Kanäle bereits Beiträge erhält, ist abzulehnen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

André Rüeggsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Herr Beat Jans
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 25. Juni 2024
474

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus Stellung nehmen zu können.

Das Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF) wurde ursprünglich von den Kantonen im Rahmen der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit gegründet und leistet als Kompetenzzentrum wichtige Beiträge zum Föderalismus. Auch deshalb ist das bestehende Know-how in der Schweiz in Bezug auf den Föderalismus beträchtlich. Aus unserer Sicht ist es unbestritten, dass es im Interesse aller Staatsebenen ist, dieses Wissen sowohl gegen innen wie auch gegen aussen zu fördern, zu pflegen und zu erhalten. Damit wird gegen innen eine der tragenden Säulen des schweizerischen Bundesstaates gepflegt und weiterentwickelt und gegen aussen kann die Schweiz mit dem Anbieten dieser Kenntnisse gegenüber anderen Ländern den Föderalismus fördern und damit gleichzeitig einen Beitrag zur positiven Wahrnehmung für diese Staatsform leisten. Wir erachten den Föderalismus als einen zentralen und wichtigen Pfeiler des Schweizer Staatswesens. Der Föderalismus verdient deshalb Aufmerksamkeit. Das IFF trägt dazu seinen Teil bei.

Trotz dieser durchaus verdienstvollen Tätigkeit des IFF in einem wichtigen Feld lehnen wir das vorliegende Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus ab. Erstens ist die Finanzierung der Hochschulen durch den Bund für alle einheitlich im Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG; SR 414.20) geregelt. Der Bund ist dadurch bereits an den Grundkosten der Universität Freiburg und damit indirekt auch am IFF finanziell beteiligt. Auch wenn der Föderalismus für die Schweiz wichtig ist, ist zweitens nicht einzusehen, weshalb nun ein einzelnes Institut an einer einzelnen Hochschule mittels eines Spezialgesetzes für seine nicht vom HFKG abgedeckten Bereiche zusätzliche finanzielle Bundesunterstützung erhalten sollte. Dies führt zu einer Benachteiligung und Ungleichbehandlung anderer wissenschaftlicher Institute oder Hochschulen, die ebenfalls

2/2

wichtige Themen bearbeiten, und birgt die Gefahr, dass weitere Begehrlichkeiten andernorts geweckt werden. Dies ist angesichts der heutigen Schieflage des Bundeshaushaltes aufgrund verschiedenster Zusatzbelastungen und gewichtiger Anliegen – wie beispielsweise die 13. AHV-Rente oder die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit – aus unserer Sicht nicht angezeigt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist auf neue Bundessubventionen möglichst zu verzichten. Drittens ist es aus unserer Sicht nur schon aus Kosten-Nutzen-Überlegungen und mit Blick auf die Regelungsdichte abzulehnen, dass für eine verhältnismässig kleine Subvention, wie sie hier vorgeschlagen ist, eigens ein Bundesgesetz erlassen werden soll. Wenn das Institut für den Bund nützliche Leistungen erbringt, kann der Bund das Institut wie bisher über Rahmenvereinbarungen oder Projektfinanzierungen unterstützen. Dies wahrt für den Bund auch die Flexibilität, Leistungen nicht mehr nachzufragen. Leistungen, die nicht mehr nachgefragt werden, müssen dann auch nicht mehr erbracht werden.

Das IFF besteht aus einem Nationalen Zentrum und einem Internationalen Zentrum, die seit 2019 administrativ und finanziell voneinander unabhängig tätig sind. Zwar erfüllt das Internationale Zentrum durchaus Aufgaben im Interesse und Zuständigkeitsbereich des Bundes, da die internationale Entwicklungszusammenarbeit, einschliesslich der Förderung der Demokratie, gemäss Art. 54 der Bundesverfassung (BV; SR 101) primär Sache des Bundes ist. Das Institut ist dennoch ein Institut der Kantone, und gerade wenn der Föderalismus hochgehalten werden soll, muss der Vermischung von Zuständigkeit und Finanzierung zwischen den Staatsebenen Einhalt geboten werden, auch wenn dies bedeutet, dass weniger Bundesgelder für Bereiche in der Zuständigkeit der Kantone fliessen. Dies gilt insbesondere für denjenigen Teil des IFF, der das Nationale Zentrum bildet und die Wirkung gegen innen verantwortet. Hinsichtlich des Internationalen Zentrums und seines Bereiches gelten aus unserer Sicht die oben dargelegten Überlegungen zu den Bundesfinanzen und die Möglichkeit des Bundes, mittels Rahmenvereinbarungen und Projektfinanzierungen Aufgaben über das IFF wahrzunehmen.

Aus den dargelegten Gründen lehnen wir den Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus ab.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber





Numero
3177

sl

0

Bellinzona
26 giugno 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
Palazzo federale ovest
CH-3003 Berna

jonas.amstutz@bj.admin.ch (Word e PDF)

Consultazione relativa alla Legge federale sugli aiuti finanziari a favore dell'Istituto del federalismo (IFF)

Gentili signore e signori,

vi ringraziamo dell'invito a partecipare alla procedura di consultazione in oggetto. In esame è il progetto del Consiglio federale per attuare la mozione 19.3008 "Centro di competenze per il federalismo. Partecipazione al finanziamento di base", adottata dalle Camere federali, volta alla creazione di una base giuridica specifica per un sostegno finanziario adeguato per l'Istituto del federalismo (IFF) da parte della Confederazione.

Il Consiglio di Stato del Cantone Ticino esprime il proprio apprezzamento per il lavoro svolto dall'IFF, a livello sia nazionale sia internazionale, quale centro di competenza sul federalismo e il buon governo. È infatti ancora vivo il ricordo dell'ottima collaborazione avuta con l'IFF nell'ambito dell'organizzazione della Terza Conferenza sul Federalismo, che ha avuto luogo a Mendrisio il 26-27 maggio 2011. Il sostegno cantonale è garantito tramite la Fondazione ch a favore delle attività dell'IFF a livello nazionale volte alla promozione e allo sviluppo del federalismo, un pilastro fondamentale del nostro sistema politico. A livello internazionale l'IFF concorre a sviluppare una percezione positiva di questa forma di governo, contribuendo a svolgere compiti che rientrano nel campo di interesse della Confederazione: la promozione della democrazia, la cooperazione allo sviluppo, la promozione della pace.

Poiché le attività promosse dall'IFF sono nell'interesse della Confederazione, dei Cantoni e dei Comuni riteniamo opportuno che la Confederazione sostenga finanziariamente l'Istituto e in particolare il suo Centro internazionale. Per questo motivo salutiamo con favore le finalità del progetto posto in consultazione.

Il merito ai punti contenuti nel progetto si sottolineano i seguenti aspetti:

- 1) *Creazione di una nuova base legale sotto forma di legge federale sugli aiuti finanziari a favore dell'IFF.*

Il progetto posto in consultazione sull'attuazione della mozione 19.3008 prevede una legge federale ad hoc volta a fornire una base giuridica comune per gli aiuti

finanziari federali destinati a promuovere il federalismo a livello internazionale (art. 2 cpv. 1 lett. a) e a livello nazionale (art. 2 cpv. 1 lett. b e c). Sarebbe a nostro avviso opportuno valutare se non fosse possibile considerare una via alternativa alla legge speciale proposta dal Consiglio federale. In particolare, si potrebbe valutare di regolare in modo differenziato il finanziamento ai due Centri che compongono l'IFF e completare – se necessario – le basi legali nelle leggi federali esistenti. Per quanto attiene al Centro internazionale, si potrebbe ad esempio pensare alla Legge federale sulla cooperazione allo sviluppo e l'aiuto umanitario internazionali (RS, 974.0). Questo permetterebbe di adempiere in modo più mirato alle richieste espresse nella mozione 19.3008.

- 2) *Art 2:* il Consiglio di Stato saluta positivamente la decisione di subordinare gli aiuti finanziari alla condizione di non servire al finanziamento di attività di ricerca e di formazione continua ai sensi della Legge federale sulla formazione continua (LFCo) nonché per le attività di ricerca e insegnamento ai sensi della Legge federale sulla promozione e sul coordinamento del settore universitario svizzero (LPSU). In questo modo non si favoriranno l'IFF e l'Università di Friburgo rispetto ad altri istituti e ad altre università. Il Governo auspica che queste condizioni siano mantenute qualsiasi sia la soluzione decisa per l'attuazione delle richieste della mozione 19.3008.

Vogliate gradire, gentili signore, gentili signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Christian Vitta

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz BJ
Bundesrain 20
3003 Bern

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat begrüsst die Vorlage, die dem Bund ermöglicht, dem Institut für Föderalismus (IFF) nach freiem Ermessen Finanzhilfen zu gewähren. Das bestehende Know-how in der Schweiz in Bezug auf den Föderalismus ist beträchtlich und es sollte im Interesse aller Staatsebenen sein, dieses Wissen sowohl gegen innen wie auch gegen aussen zu fördern, pflegen und erhalten. Eine Bundesfinanzierung erachten wir insbesondere für das Internationale Zentrum des IFF als angezeigt und sachgerecht. Das IFF erfüllt in diesem Bereich Aufgaben im Interesse und Zuständigkeitsbereich des Bundes, da die internationale Entwicklungszusammenarbeit, einschliesslich die Förderung der Demokratie, primär Sache des Bundes ist (Art. 54 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft; SR 101). Durch eine kontinuierliche, finanzielle Bundesbeteiligung wird zudem das international anerkannte Know-how des IFF langfristig gesichert. Schliesslich begrüssen wir, dass für Forschungs- und Lehrtätigkeiten im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich sowie für Weiterbildungen im Sinne des Bundesgesetzes über die Weiterbildung keine Finanzhilfen ausgerichtet werden.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 21. Juni 2024



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli

Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par mail à : jonas.amstutz@bj.admin.ch

Réf. : 24_COU_3746

Lausanne, le 26 juin 2024

Consultation relative à la loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat vous fait parvenir ses déterminations dans le cadre de la consultation citée en marge et vous remercie de l'avoir invité à se prononcer.

Aux côtés de la démocratie directe, le fédéralisme est un des piliers du système politique suisse. A cet égard, l'expertise fournie dans le domaine du fédéralisme par l'Institut du fédéralisme (IFF) en fait un institut d'importance dans le développement, le renforcement et le rayonnement de l'Etat fédéral. Le Conseil d'Etat estime que tant les cantons - notamment par le versement de contributions à la Fondation ch - que la Confédération se doivent de lui apporter une contribution financière, dans le but de développer et de renforcer l'Etat fédéral sur le plan national et d'apporter une expertise au niveau international.

Le Conseil d'Etat est également d'avis qu'il est nécessaire et dans l'ordre des choses que le soutien financier au Centre international de l'IFF provienne de la Confédération. L'IFF s'acquitte de tâches qui sont dans l'intérêt de celle-ci et touchent à son domaine de compétences, la coopération au développement étant du ressort de la Confédération. Une participation financière continue de la Confédération permettrait par ailleurs de pérenniser l'expertise acquise dans ce domaine par l'IFF et reconnue à l'échelle internationale. Ce financement devrait s'inspirer de la collaboration que mène la Confédération (DFAE) depuis de nombreuses années avec le Centre international de l'IFF.

Le Conseil d'Etat relève que le projet mis en consultation prévoit une loi fédérale ad hoc qui doit donner une base juridique commune aux aides financières fédérales destinées à la promotion du fédéralisme au niveau international (art. 2, al. 1, let. a) et national (art. 2, al. 1, let. b et c). Or, le Centre international et le Centre national de l'IFF sont clairement séparés sur les plans administratif et financier.

Le Conseil d'Etat serait favorable à ce que soient envisagées des possibilités d'ancrer le soutien financier de la Confédération, en particulier pour ses activités internationales, sous forme de complément à une base légale déjà existante. Il s'agirait par exemple d'examiner la loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales.

Le Conseil d'Etat estime également qu'il serait justifié que la Confédération verse une contribution de base au Centre national (à hauteur des contributions cantonales), les prestations fédéralistes réalisées par l'IFF étant autant dans l'intérêt des cantons que de la Confédération. Les besoins financiers sont néanmoins relativement modestes dans ce domaine, raison pour laquelle un renoncement à la création d'une base légale dédiée pourrait être envisagé. Il faudrait en revanche trouver un autre moyen pour co-financer le Centre national.

En conclusion, le Conseil d'Etat souscrit entièrement aux buts visés par l'avant-projet, à savoir un soutien financier fédéral clairement réglementé et continu de l'IFF, en particulier de son Centre international. Il estime toutefois que d'autres solutions que la loi spéciale proposée par le Conseil fédéral devraient être privilégiées. Ainsi, les soutiens financiers de la Confédération pour les deux centres de l'IFF pourraient éventuellement être réglés séparément et – si nécessaire – les bases légales pourraient être complétées dans des lois fédérales déjà existantes. Cela permettrait, selon le Conseil d'Etat, de mettre en œuvre la motion 19.3008 plus simplement et de manière plus ciblée.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associé à cette consultation, le Conseil d'Etat vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Michel Staffoni

Copie

- OAE



2024.02649

P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Madame
Elisabeth Baume-Schneider
Conseillère fédérale
Cheffe du département fédéral de l'intérieur
Inselgasse 1
3003 Berne



Notre réf. /
Votre réf. /

Date **19 JUIN 2024**

Projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme
Réponse à la consultation

Madame la Conseillère fédérale,
Mesdames, Messieurs,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais a pris connaissance avec intérêt du projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg (IFF).

Le fédéralisme est indissociable de la Suisse, qui dispose en la matière d'un savoir-faire précieux qu'elle se doit de partager. L'échange d'expériences et la diffusion des valeurs liées au fédéralisme s'inscrivent pleinement dans les contributions que la Suisse peut apporter à la stabilité politique, au respect des minorités, à la promotion de la paix et au développement économique. Le fédéralisme n'est pas seulement l'affaire des cantons. La Confédération a aussi un rôle important à jouer en matière de promotion du fédéralisme, tout particulièrement au plan international.

Avec l'Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg, les cantons et la Confédération disposent d'un centre de compétences reconnu. Il importe que cet institut puisse poursuivre ses missions de formation, de recherche, de conseil et d'information au plan national et international.

Les activités de formation et de recherche de l'Institut sont financées selon les dispositions de la loi sur les hautes écoles. Les prestations en faveur des cantons sont financées par la fondation Ch et par mandats. La promotion du fédéralisme au plan international a bénéficié d'aides régulières de la Confédération, souvent sous forme de mandats, mais ne dispose pas d'un financement de base dédié permettant de garantir sur la durée cet aspect important de l'activité de l'IFF.

Le projet de loi proposé par le Conseil fédéral répond à cette lacune.

Le canton du Valais partage entièrement les buts visés par le projet de loi. Il estime judicieux que la Confédération s'engage de manière pérenne à promouvoir le fédéralisme, là où celui-ci peut s'avérer être un modèle institutionnel et de gouvernance pertinent.

La promotion du fédéralisme à l'international est clairement une tâche de la Confédération. Elle s'inscrit dans la contribution que la Suisse peut apporter à la stabilité mondiale, en promouvant une certaine exemplarité et en soutenant des initiatives à même de renforcer la cohésion de certaines régions. Le soutien de la Confédération à un institut universitaire dédié au fédéralisme s'inscrit en complément des actions de la Confédération en matière d'affaires étrangères. Le coût de ce soutien, estimé entre 600'000.- et 1 million de francs par an, n'est pas significatif à l'échelle du budget de la Confédération. Les difficultés financières actuelles de la Confédération ne sauraient dès lors être un

argument pour remettre en question le soutien pérenne de la Confédération à la promotion du fédéralisme comme instrument de bonne gouvernance.

Le Conseil d'Etat du canton du Valais s'interroge en revanche sur la pertinence d'élaborer une loi fédérale spéciale pour un institut universitaire chargé de réaliser une tâche particulière. Il se demande si une ou plusieurs modifications ciblées de lois fédérales existantes ne permettraient pas d'ancrer, de manière générale et abstraite, le financement de la promotion du fédéralisme en qualité de système institutionnel et de gouvernance, sans créer une législation fédérale particulière.

L'expertise développée de longue date par l'Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg, sur le plan national et international, justifie aux yeux du Conseil d'Etat valaisan, en l'état actuel des choses, un soutien stable de la Confédération aux activités de l'Institut en lien avec la promotion du fédéralisme au niveau international. La base légale se devrait toutefois d'être générale et ancrer la possibilité d'un soutien de la Confédération pour la promotion du fédéralisme, principalement au niveau international. Créer une loi fédérale pour un institut universitaire en particulier est pour le moins discutable et pourrait même se révéler contre-productif.

En conclusion, le canton du Valais est convaincu de l'importance de la promotion du fédéralisme comme modèle institutionnel. Il soutient dès lors les buts visés par le projet de loi. Une modification ponctuelle d'une ou plusieurs lois fédérales existantes, formulée de manière générale, pourrait cependant être une alternative judicieuse à l'élaboration d'une loi fédérale spécifiquement dédiée au financement d'un institut universitaire particulier, dans la mesure où la Confédération ne dispose pas déjà en l'état de bases légales suffisantes pour soutenir de manière pérenne de telles prestations. Le Conseil d'Etat du canton du Valais rejoint en cela les positions exprimées par le comité directeur de la Fondation Ch et le bureau de la Conférence des gouvernements cantonaux.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous adressons, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames, Messieurs, nos meilleures salutations.

Au nom du Conseil d'Etat —

Le président

Franz Ruppen



La chancelière

Monique Albrecht



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 18. Juni 2024 sa

**Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) das Vernehmlassungsverfahren in rubrizierter Angelegenheit eröffnet und zur Einreichung einer Stellungnahme bis am 12. Juli 2024 eingeladen. Wir äussern uns wie folgt:

Wir schliessen uns der Musterstellungnahme des Leitenden Ausschusses der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) vom 24. Mai 2024 an. Die Mitfinanzierung des Bundes ist zu begrüssen, da er damit eine positive Haltung gegenüber dem Föderalismus als tragendes Element unseres Staates zeigt. Eine spezialgesetzliche Lösung lehnen wir jedoch in Übereinstimmung mit dem Leitenden Ausschuss der KdK ab.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (jonas.amstutz@bj.admin.ch; PDF und Word)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch)



Elektronisch an jonas.amstutz@bj.admin.ch



**Kanton Zürich
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

3. Juli 2024 (RRB Nr. 775/2024)

**Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus Stellung zu nehmen, und äussern uns dazu wie folgt:

Wir schliessen uns der Beurteilung des Bundesrates mit seiner grundsätzlich ablehnenden Haltung zur Schaffung des erwähnten Bundesgesetzes an. Es ist nicht schlüssig, wieso ein einzelnes Institut oder eine einzelne Hochschule mittels eines spezifischen Gesetzes finanzielle Unterstützung des Bundes erhalten sollte. Dies führt zu einer Benachteiligung bzw. Ungleichbehandlung anderer wissenschaftlicher Institute oder Hochschulen, die ähnliche Leistungen anbieten. Gleichzeitig stünde ein solches Gesetz im Widerspruch zu den Bemühungen der Kantone und des Bundes in Richtung einer klaren Aufgabenteilung. Weiter droht dem Haushalt des Bundes in den kommenden Jahren ein strukturelles Defizit. Da das Institut für Föderalismus (IFF) bereits heute durch den Bund im Rahmen des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (SR 414.20) und mittels punktueller Mandate finanziell unterstützt wird, ist die vorgeschlagene Gesetzesgrundlage nicht opportun. Auch teilen wir die Bedenken des Bundesrates hinsichtlich der Ausschöpfung der Selbstfinanzierungs- oder anderer Finanzierungsmöglichkeiten gemäss dem Subventionsgesetz (SR 616.1). Zusätzliche Probleme sehen wir in der unscharfen Abgrenzung der Aufgaben und Finanzierung zwischen dem IFF und der ch Stiftung.

Aus diesen Gründen lehnen wir den vorgelegten Gesetzesentwurf entschieden ab.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Natalie Rickli

Dr. Kathrin Arioli



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Ausschliesslich per Email: jonas.amstutz@bj.admin.ch

17. Juni 2024

Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus

Sehr geehrter Herr Amstutz
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 wurden wir eingeladen, uns zum Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus zu äussern. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu wie folgt Stellung.

Mit der Motion 19.3008 soll der Bund zur Beteiligung an der Grundfinanzierung des Instituts für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF) verpflichtet werden. Die Finanzierung soll sicherstellen, dass sich die Schweiz auch in Zukunft durch einen ausgeprägten Föderalismus auszeichnet. Dieser soll der guten Regierungsführung im Land dienen und die Schweiz als international einzigartig positionieren (S. 9, Schweizerische Bundesverwaltung, 2024). Konkret soll der Bund zeitlich und betraglich begrenzte Finanzhilfen an das IFF gewährleisten. Die Finanzhilfen sollen drei Tätigkeitsgebiete des IFF subventionieren:

1. Die Förderung des Föderalismus auf internationaler Ebene basierend auf schweizerischen Erfahrungen.
2. Die Information, Beratung und Sensibilisierung in Bezug auf Fragen des hiesigen Föderalismus.
3. Die Beobachtung des Schweizer Föderalismus.

Der Schweizer Föderalismus verdient Anerkennung und muss auch in Zukunft gepflegt werden. Er ist ein unentbehrlicher Bestandteil unseres Landes und ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Fiskal- und Haushaltspolitik. Dennoch können wir die gesetzliche Vorlage aus den folgenden Gründen nicht unterstützen.

1 Kein Ausbau der bestehenden Bundesfinanzierung

Stand heute beteiligt sich der Bund bereits an der Finanzierung der Leistungserbringung durch das IFF. Zum einen ist das IFF der Universität Freiburg angegliedert, die über das HFKG bereits durch den Bund substanziell unterstützt wird. Zum anderen erteilt der Bund dem IFF punktuelle Forschungsmandate, die zur Finanzierung beitragen.

Weiter widerspricht die Vorlage zur Finanzierung des IFF der Kernidee des Föderalismus. Durch die gesetzliche Verpflichtung wird eine neue Aufgabe für den Bund geschaffen, die die Kantone nicht bereit sind wahrzunehmen bzw. zu finanzieren. Dies, obwohl es sich beim IFF um eine ursprünglich durch die Kantone gegründete Stiftung handelt.

Unter diesem Punkt ebenfalls zu erwähnen ist die aktuelle Lage der Bundesfinanzen, die keine weiteren Ausgaben ohne Gegenfinanzierung erlaubt. Es braucht deshalb eine strikte Priorisierung der Ausgaben. Soll für das IFF mehr Geld gesprochen, ist aufzuzeigen, an welchen Stellen die Mittel eingespart werden. Ob die verstärkte finanzielle Förderung des IFF im heutigen finanzpolitischen Umfeld eine erstrangige Priorität des Bundes sein kann, darf bezweifelt werden.

2 Ökonomische Fehlanreize

Auch aus einer Perspektive der ökonomischen Anreize und des Wettbewerbs ist die Vorlage als ungeeignet einzuordnen. Grundsätzlich hat sich das IFF so stark wie möglich selbst zu finanzieren und sich auf die Erbringung von am Markt nachgefragten Dienstleistungen zu beschränken. Finanzhilfen könnten den Fehlanreiz geben, auch Projekte anzubieten, die nicht oder zu wenig nachgefragt werden.

Weiter ist die explizite gesetzliche Privilegierung eines einzelnen Forschungsinstituts schwierig vertretbar. Aus wettbewerblicher Sicht sollte der Forschungsauftrag eines Institutes nicht über die Ausrichtung anderer Institute gesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist zu befürchten, dass Finanzhilfen an das IFF auch bei anderen Instituten, die Leistungen im Interesse des Bundes, der Kantone oder Gemeinden erbringen, Begehrlichkeiten wecken.

Zusammenfassend sind wir der Meinung, dass die Erbringung der Leistung durch das IFF nicht zusätzlich über das Bundesbudget finanziert werden soll. Dies angesichts der bereits bestehenden finanziellen Unterstützung des IFF durch den Bund und der dargelegten Nachteile, die sich durch zusätzliche Finanzhilfen durch den Bund ergeben würden.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

economiesuisse



Frank Marty
Mitglied der Geschäftsleitung
Bereichsleiter Finanzen & Steuern



Joël Brühlmann
Projektmitarbeiter Finanzen & Steuern

Région capitale suisse | Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Berne

Département fédéral de justice et police DFJP

Par e-mail à jonas.amstutz@bj.admin.ch

Berne, le 11 juillet 2024

Consultation fédérale : loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames et Messieurs,

Nous nous référons à votre lettre du 10 avril 2024 et vous remercions de nous donner l'occasion de nous prononcer sur le projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme.

L'association Région capitale suisse a été fondée en décembre 2010 dans le but de renforcer les régions concernées en tant qu'espace de vie et espace économique novateur tant sur le plan national qu'international. Les membres de la Région capitale suisse sont les cantons de Berne, Fribourg, Valais, Neuchâtel et Soleure ainsi que des villes, communes et organisations régionales au sein de la Région capitale suisse. Ensemble, les membres de la Région capitale suisse se sont notamment fixés pour objectif de renforcer le centre politique national. L'association symbolise un fédéralisme vécu en représentant les intérêts communs de ses membres vis-à-vis de la Confédération, d'autres cantons et d'autres parties prenantes.

(1) Renforcer les soutiens à la promotion du fédéralisme

Le fédéralisme est l'un des piliers du système politique suisse et un élément caractéristique du rayonnement de notre pays à l'international. Il contribue à la cohésion de nos territoires, façonne la participation politique des citoyens et participe à la promotion de la paix. L'Institut du fédéralisme (IFF) remplit à cet égard des tâches de haute importance tant au niveau de son Centre national que du Centre international.

La Région capitale est favorable à un soutien financier continu et clairement réglementé de la Confédération pour l'IFF. Elle soutient donc le projet du Conseil fédéral et salue la volonté de régler au sens de la motion 19.3008, la participation financière de la Confédération aux prestations de l'IFF dans le domaine national et international.

(2) Considérations de forme : s'appuyer sur les bases légales existantes

Le projet du Conseil fédéral prévoit de réunir en une seule base légale les soutiens financiers aux centres nationaux et internationaux. Cependant, la Région capitale suisse exprime des réserves quant à la création d'une nouvelle loi spécifique pour un institut universitaire chargé de réaliser une tâche particulière. Elle se demande si une ou plusieurs modifications ciblées de lois fédérales existantes ne permettrait pas d'ancrer le financement de la promotion du fédéralisme en qualité de système institutionnel et de gouvernance, sans créer une législation fédérale particulière.

D'une part, concernant les activités du Centre international, il est à observer que la Confédération contribue déjà aux activités de l'IFF par le biais de financements de prestations liées à la promotion de la paix. Il participe à l'accueil de délégations étrangères et conseille, souvent sur mandat de la Confédération, des gouvernements et des parties en conflit. A ce titre, la Région capitale suisse considère qu'il serait opportun d'examiner une modification de la Loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales en la matière. En conséquence, l'exécution des nouvelles dispositions financières ne devrait pas être confiée au DFJP (OFJ), mais au DFAE (DDC).

D'autre part, la Région capitale suisse salue la volonté de la Confédération de verser également une contribution au Centre national, d'autant plus que les prestations de l'IFF ne sont pas seulement dans l'intérêt des cantons et de la Région capitale suisse, mais précisément aussi de la Confédération. Cela étant, il convient de noter que la contribution prévue est modeste, relativement au fonctionnement global de l'institut. De ce point de vue, la Région capitale suisse estime qu'un cofinancement du centre national devrait être effectué par un autre moyen et par le biais d'une adaptation d'une autre loi existante correspondante.

Finalement, la Région capitale suisse observe que le soutien aux activités de recherche et d'enseignement au sens de la loi fédérale sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles ainsi que les formations continues au sens de la loi fédérale sur la formation continue soient explicitement exclus. L'IFF n'est donc pas avantagé par rapport à d'autres institutions dans le financement de ses activités de recherche et d'enseignement. Cette restriction devrait être maintenue même en cas de mise en œuvre alternative de la motion 19.3008.

En vous remerciant par avance pour la prise en considération de notre prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs, à l'expression de nos salutations respectueuses.

Région capitale suisse



Andrea de Meuron
Co-présidente



Didier Castella
Co-président

Von: [Maeder Sabine](#)
An: [Amstutz Jonas BJ](#)
Betreff: WG: E-Mail an Organisationen Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus / Loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme / Legge federale sugli aiuti finanziari a favore dell'Istituto del federalismo
Datum: Mittwoch, 24. April 2024 11:48:34
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit in eingangs erwähnter Sache Stellung nehmen zu können.

Da diese Vorlage gemäss Dossieraufteilung zwischen economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband von economiesuisse bearbeitet wird, verzichtet der SAV auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



Von: jonas.amstutz@bj.admin.ch <jonas.amstutz@bj.admin.ch>

Gesendet: Donnerstag, 11. April 2024 07:31

An: info@die-mitte.ch; info@edu-schweiz.ch; vernehmlassungen@evppev.ch;
info@fdp.ch; gruene@gruene.ch; schweiz@grunliberale.ch;
lorenzo.quadri@mattino.ch; info@mcge.ch; gs@svp.ch;
franziska.tlach@spschweiz.ch; verband@chgemeinden.ch;
info@staedteverband.ch; info@sab.ch; info@economiesuisse.ch;
bern@economiesuisse.ch; luc.schnurrenberger@economiesuisse.ch; info@sgv-usam.ch; Verband <verband@arbeitgeber.ch>; info@sbv-usp.ch; office@sba.ch;
info@sgb.ch; politik@kfmv.ch; info@travailsuisse.ch;
rahel.imobersteg@swissuniversities.ch

Betreff: E-Mail an Organisationen Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus / Loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme / Legge federale sugli aiuti finanziari a favore dell'Istituto del federalismo

Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 10. April 2024 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zum

Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus eröffnet.
Beigefügt finden Sie das Orientierungsschreiben. Die Vernehmlassung
dauert bis am 12. Juli 2024.

**Loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du
fédéralisme : ouverture de la procédure de consultation externe**

Mesdames, Messieurs,

Le 10 avril 2024, le Conseil fédéral a ouvert la procédure de consultation
concernant la loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du
fédéralisme.

Vous trouverez ci-joint la lettre d'information aux destinataires. La
consultation est ouverte jusqu'au 12 juillet 2024.

**Legge federale sugli aiuti finanziari a favore dell'Istituto del
federalismo: avvio della procedura di consultazione**

Gentili Signore e Signori,

il 10 aprile 2024 il Consiglio federale ha avviato la consultazione della legge
federale sugli aiuti finanziari a favore dell'Istituto del federalismo. In allegato
trovate la lettera d'informazione ai destinatari.

La consultazione dura fino al 12 luglio 2024.

Freundliche Grüsse
Avec nos meilleures salutations,
Cordiali saluti

Jonas Amstutz
Sekretär

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Öffentliches Recht
Fachbereich Rechtsetzungsprojekte I

Bundesrain 20, 3003 Bern
Tel. +41 58 462 41 37
jonas.amstutz@bj.admin.ch
www.bj.admin.ch

<vn-brief-parteien-d.pdf>

<vn-brief-parteien-f.pdf>

<vn-brief-parteien-i.pdf>

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
3003 Bern

per Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Bern, 11.07.2024

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus: Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB erlaubt sich zur Vorlage folgende Bemerkungen:

Das **Institut für Föderalismus (IFF) der Universität Fribourg** ist aussen- wie innenpolitisch von Bedeutung. Es wurde ursprünglich von der «ch Stiftung», also von den Kantonen, gegründet. Das IFF verfügt über keine eigene Rechtspersönlichkeit, sondern ist als Institut der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Fribourg angegliedert.

Dass bei einem nationalen Institut für Föderalismus alle drei Staatsebenen mitfinanzieren, erscheint dem Ansatz des «Föderalismus» inhärent, weswegen eine gewisse **finanzielle Beteiligung des Bundes als gerechtfertigt** erscheint.

Allerdings legt der Bundesrat dar, dass das IFF als Institut, das zur Universität Fribourg gehört, bereits vom Bund über das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) finanziell unterstützt wird. Da seiner Einschätzung nach, die Anforderungen des Subventionsgesetzes (SuG) nur schwer erfüllt werden können, plant der Bundesrat – vorbehältlich der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens – dem Parlament in seiner Botschaft Nichteintreten auf den Gesetzesentwurf zu beantragen.

Das IFF besteht aus einem Nationalen und einem Internationalen Zentrum:

- Das **Nationale Zentrum** weist einen Grundfinanzierungsbedarf von 200'000 Franken pro Jahr aus, wovon die Kantone über die «ch Stiftung» bisher jährlich einen Beitrag von 100'000 Franken leisten. Ebenso beteiligt sich der Standortkanton Freiburg jährlich mit einem Beitrag von 30'000 Franken pro Jahr.
- Für das **Internationale Zentrum** wurde in der parlamentarischen Debatte ein Grundfinanzierungsbedarf von 600'000 bis 1 Million Franken pro Jahr genannt. Bisher hatte das EDA beziehungsweise die DEZA eine finanzielle Unterstützung von jährlich 250'000

während vier Jahren geleistet. Diese deckt den Finanzbedarf jedoch nur teilweise, ist zeitlich befristet und wird nach 2024 nun offenbar nicht mehr verlängert.

Damit sich der Bund an der Grundfinanzierung des IFF beteiligen kann, braucht es eine entsprechende **rechtliche Grundlage** (Schaffung eines eigenen Bundesgesetzes), welche im Entwurf nun als Vernehmlassungsvorlage vorliegt.

Zu den einzelnen Punkten:

Das IFF soll künftig **im Bundesinteresse** folgende **Ziele** erfüllen (*vgl. Art. 2 subventionierte Tätigkeiten, Abs. 1, Bst. a-c*):

- Föderalismus auf internationaler Ebene aufgrund der Erfahrungen der Schweiz fördern
- Information, Beratung und Sensibilisierung in Bezug auf Fragen des schweizerischen Föderalismus gewährleisten
- Beobachtung (Monitoring) des schweizerischen Föderalismus ermöglichen

Die Finanzierung von Forschungs- und Lehrtätigkeiten sind im Gesetzesentwurf explizit ausgenommen, um Doppelfinanzierungen ausschliessen zu können (*vgl. Art. 2 Abs. 2, Bst. a-b*).

Aus gewerkschaftlicher Perspektive ist es im Interesse der von der Universität Fribourg am IFF angestellten Personen, die Finanzierung des Instituts auf eine solide rechtliche Grundlage zu stellen, damit die Mitarbeitenden über eine gewisse **Anstellungssicherheit** verfügen und sich nicht mittels befristeter Verträge von punktuell Mandat zu Mandat handeln müssen.

Aus diesem Grund begrüsst der SGB im Grundsatz die **Schaffung einer gesetzlichen Grundlage** zur Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung des IFF. Er regt an, dass zumindest die auslaufenden DEZA-Gelder in der Höhe von jährlich 250'000 Franken kompensiert werden.

Im Interesse der **Vorhersehbarkeit/Planbarkeit** seines mittelfristigen Budgets, sind dem IFF Finanzhilfen für die **Dauer von vier Jahren** zu gewähren (*Art. 4 Dauer der Finanzhilfen*). Der SGB beantragt das Wort «höchstens» > «~~höchstens~~ vier Jahre» zu streichen.

Sog. «freie Finanzhilfen» sind allerdings der Ausgabenbremse unterstellt und können nur im Rahmen der vom Parlament bewilligten Kredite gewährt werden, was angesichts der aktuellen Sparpolitik des Bundes wiederum keine ausreichende Finanzierung des IFF sicherstellt. Zusätzliche mögliche Finanzierungsquellen für das IFF sind von der Universität Fribourg in jedem Fall zu prüfen.

Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme/n.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Nicole Cornu
Zentralsekretärin



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Per Mail: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Bern, 26. Juni 2024

**Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus:
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus Stellung nehmen zu können.

Der Schweizerische Städteverband selbst wird keine Stellungnahme abgeben. Wir leiten Ihnen aber die Stellungnahmen der Städte Biel, Genf und Lausanne mit der Bitte weiter, deren Rückmeldungen zum Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus in der Weiterbearbeitung zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Direktor

Martin Flügel

Beilagen: Stellungnahmen der Städte Biel, Genf und Lausanne

Gemeinderat, Mühlebrücke 5, 2501 Biel

Union des villes suisses
Monbijoustrasse 8
Case postale
3001 Berne

Conseil municipal

Mühlebrücke 5 · 2501 Bienne
032 326 11 21
info.stk@biel-bienne.ch
www.biel-bienne.ch

Par email:

info@staedteverband.ch

Bienne, le 19.06.2024

Prise de position sur le projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'institut du fédéralisme

Mesdames, Messieurs,

Le Conseil municipal de la Ville de Bienne vous remercie de l'avoir consulté dans l'affaire susmentionnée et souhaite communiquer les éléments suivants :

Le fédéralisme est un des piliers centraux de notre pays. La juste répartition des tâches, selon le principe de subsidiarité, entre les différents échelons (Confédération, cantons, communes) et la bonne collaboration entre ces derniers bénéficie à chacun d'entre eux.

Les rôles et missions de l'institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg (IFF) sont importants pour l'ensemble de la collectivité, et la Ville de Bienne ne peut donc que soutenir cette nouvelle base légale prévoyant que la Confédération puisse participer au financement de base de l'IFF. Le Conseil municipal souhaite que les niveaux communal et intercommunal (agglomérations) continuent d'être bien pris en compte dans le champ d'étude de l'institut.

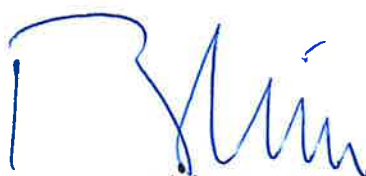
Le Conseil municipal vous remercie par avance de la prise en considération de sa position.

Meilleurs salutations.

Au nom du Conseil municipal



Erich Fehr
Maire



Barbara Labbé
Chancelière municipale

CONSEIL ADMINISTRATIF

PALAIS EYNARD
RUE DE LA CROIX-ROUGE 4
CASE POSTALE 3983
CH-1211 GENÈVE 3
T +41(0)22 418 29 00
F +41(0)22 418 29 01
www.geneve.ch



VILLE DE
GENÈVE

Union des villes suisses

Monsieur Martin Flügel
Directeur
Monbijoustrasse 8
Case postale
3001 Berne

Envoi par courriel :
info@staedtverband.ch

Genève, le 13 juin 2024

Objet

Procédure de consultation – Position de la Ville de Genève sur la loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme

Monsieur le Directeur,

En réponse à la consultation citée en objet, nous vous informons que la Ville de Genève s'aligne sur la position du Bureau de la Conférence des directeurs cantonaux, à savoir le soutien financier réglementé et continu de l'Institut par la Confédération, en particulier de son Centre international.

Notre Conseil soutient également le fait que d'autres solutions que la loi spéciale proposée par le Conseil fédéral, soient envisagées, comme le propose le Bureau de la Conférence des directeurs cantonaux.

Nous vous remercions de votre attention et vous prions de croire, Monsieur le Directeur, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL ADMINISTRATIF

Le Secrétaire général :



Gionata P. Buzzini

La Maire :



Christina Kitsos



Ville de Lausanne

Municipalité

case postale 6904 – 1001 Lausanne

Schweizerischer Städteverband
c/o M. Martin Flügel, directeur
Monbijoustrasse 8
Postfach
3001 Bern

dossier traité par CD/SMUN
notre réf. A.1/2024/51 - rp
votre réf.

Lausanne, le 6 juin 2024

Consultation : loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme

Monsieur le Directeur,

La Municipalité de Lausanne a bien pris connaissance du projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme (IFF) et vous remercie de la consulter à ce sujet.

Elle souligne l'importance de ce centre d'expertise pour l'ensemble du pays. Tant dans son volet national qu'international. Un soutien financier clairement réglementé et continu de l'IFF par la Confédération est ainsi souhaitable.

La Ville de Lausanne suggère cependant que soient envisagées d'autres solutions que la loi spéciale proposée par le Conseil fédéral. Le soutien financier pourrait éventuellement être réglé de façon séparée pour les deux centres de l'IFF en complétant - si nécessaire - les bases légales dans des lois fédérales existantes. Pour le volet international via la loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales, par exemple.

En conclusion, la Municipalité se réjouit de noter que les activités liées à la recherche et à l'enseignement sont explicitement exclues de toute aide financière, évitant ainsi tout favoritisme ou privilège indu.

En espérant avoir répondu à votre attente, nous vous prions d'agréer, Monsieur, nos salutations distinguées.

Au nom de la Municipalité

Le syndic
Grégoire Junod



Le secrétaire
Simon Affolter



Loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme

Prise de position du Conseil suisse de la science dans le cadre de la procédure de consultation

Juin 2024 / Secrétariat CSS

Le Conseil suisse de la science (ci-après: CSS ou Conseil) fait part de sa position dans le cadre de la procédure de consultation sur l'avant-projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme. La consultation s'est déroulée du 10 avril au 12 juillet 2024. La présente prise de position, signée par la présidente du CSS Sabine Süssstrunk, a été approuvée par l'ensemble du Conseil lors de sa séance plénière du 1^{er} au 2 juillet 2024.

I. Position générale du CSS

Bien qu'il reconnaisse les besoins de l'Institut du fédéralisme (IFF) et le caractère particulier des prestations qui seraient soutenues par la contribution fédérale, le CSS partage la plupart des réserves du Conseil fédéral sur la motion qu'il doit mettre en œuvre. Le CSS est, en particulier, opposé à la solution proposée car la création d'une nouvelle base légale *ad hoc* n'est pas une mesure proportionnée à l'objectif recherché. Les montants évoqués de la contribution fédérale sont trop modestes pour justifier une nouvelle loi. Selon le Conseil fédéral, la création d'une loi fédérale spécifique à l'IFF plutôt qu'à la promotion du fédéralisme, permettrait d'éviter que d'autres instituts similaires ne revendiquent à leur tour une contribution fédérale. Pour le CSS, cet argument est discutable. Certes l'avant-projet de loi garantit une subvention uniquement pour l'IFF mais il constitue également un précédent sur la base duquel d'autres instituts pourraient également être tentés de revendiquer la création d'une nouvelle loi fédérale pour obtenir un financement de la part de la confédération. Il pourrait s'agir d'institution (de recherche ou autres) offrant des prestations similaires à l'IFF ou offrant des prestations similaires¹ mais dans d'autres domaines pour lesquels une compétence et/ou un intérêt de la Confédération pourrait être démontré. Dès lors, le CSS recommande d'opter pour une solution alternative qu'il juge proportionnée à l'objectif poursuivi et qui consiste en deux mesures:

- D'une part, la Confédération devrait continuer à financer les activités internationales de l'IFF via une contribution du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE). Cette solution, qui est mise en œuvre depuis 2021, a été écartée par le Conseil fédéral au motif qu'elle était limitée dans le temps. Or, des institutions similaires, comme la Fondation Jean Monnet pour l'Europe ou la Fondation suisse pour la paix² bénéficient, sur la base d'un contrat de prestations, d'un financement du DFAE depuis des décennies. Afin d'institutionnaliser un tel financement du DFAE, le CSS suggère d'envisager l'ajout d'une disposition correspondante - et spécifique à l'IFF - à la loi fédérale sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales³ ou à la loi

¹ C'est en particulier le cas dans le domaine très large des affaires étrangères, qui comprend (selon le rapport explicatif) la coopération internationale, la promotion de la paix et de l'image de la Suisse à l'étranger.

² Swisspeace, qui est, par ailleurs, également un institut associé à une université cantonale, en l'occurrence l'Université de Bâle.

³ RS 974.0

fédérale sur des mesures de promotion civile de la paix et de renforcement des droits de l'homme⁴.

- D'autre part, la Confédération devrait continuer à financer les activités du Centre national à travers des mandats ponctuels. Dans la mesure où une solution simple et de long terme existe pour un soutien fédéral aux activités du Centre international, le CSS estime qu'il n'est pas raisonnable de créer une nouvelle loi fédérale uniquement pour élargir la contribution fédérale aux activités du Centre national, les besoins annuels s'élevant, dans ce cas, à environ 100'000 Fr. par an. Une subvention d'un montant aussi modeste ne saurait légitimer une nouvelle base légale. Bien conscient qu'un financement de base stable soit également nécessaire pour les activités nationales de l'IFF, le Conseil suggère d'explorer des solutions à même de stabiliser, à l'avenir, ce financement et à plus forte raison, le budget du Centre national. Une contribution via l'art. 15 LERI⁵ pour les prestations de recherche et d'enseignement du Centre national pourrait, par exemple, offrir une telle solution.

II. Recommandations du CSS sur des dispositions particulières

Si la solution alternative proposée par le CSS ne devait pas être retenue et que l'avant-projet de loi devait aboutir, le Conseil recommande d'apporter les modifications suivantes à ses dispositions⁶:

Préambule

La compétence de la Confédération à légiférer est clairement fondée par l'art. 54, al. 1, Cst en ce qui concerne les activités du Centre international. De l'avis du CSS, l'art. 173, al. 2, Cst ne fournit pas, quant à lui, une base constitutionnelle suffisamment solide. De plus, le subventionnement fédéral d'un institut universitaire particulier, hors des bases légales en vigueur, est source de tension avec l'art. 63a al. 3 de la Constitution fédérale, selon lequel: « La Confédération et les cantons veillent ensemble à la coordination et à la garantie de l'assurance de la qualité dans l'espace suisse des hautes écoles. Ce faisant, ils tiennent compte de l'autonomie des hautes écoles et des différentes collectivités responsables, et *veillent à l'égalité de traitement des institutions assumant des tâches de même nature* ». Il s'agit-là de deux arguments supplémentaires en faveur de la solution alternative que propose le CSS.

Art. 2 Activités subventionnées

- Les trois domaines d'activités que l'art. 2, al. 1 de l'avant-projet de loi distingue couvrent les différentes prestations fournies par l'IFF pour lesquelles une contribution fédérale est prévue. Le CSS recommande de simplifier cette catégorisation en ne distinguant que deux domaines d'activités, à savoir le domaine des activités relevant du Centre internationale et celui des activités relevant du Centre national. Cette distinction est suffisante et facilite le calcul des aides financières selon l'art. 5, al. 2 de même que le contrôle de leur utilisation.
- Relativement aux prestations du domaine selon al. 1, lettre a (activités de promotion internationale du fédéralisme), l'IFF indique, sur son site internet, que l'accueil des délégations étrangères se fait « [...] le plus souvent lors de voyages d'étude de plusieurs jours passés dans notre pays [qui sont des] séminaires de formation continue »⁷. Dans la mesure où l'alinéa 2, lettre a exclu explicitement les activités de formation continue, il conviendrait de préciser que cela ne comprend pas les voyages d'études en question.
- Au sujet des prestations qui relèvent du domaine selon al. 1, lettre b (Information, conseil et sensibilisation), le rapport explicatif indique d'une part que : « [...] l'IFF devra, autant que possible, continuer d'essayer de couvrir les coûts liés à ces activités par le biais de la facturation de ses prestations aux bénéficiaires directement intéressés » et que, d'autre part : « Ces aides permettront notamment à l'IFF de répondre à des demandes concernant le fédéralisme, que ce

⁴ RS 193.9

⁵ RS 420.1

⁶ À l'exception de la remarque relative au préambule de l'avant-projet de loi, qui plaide en faveur de la solution alternative soutenue par le CSS.

⁷ <https://www.unifr.ch/federalism/fr/prestations/accueildelegations.html>, consulté le 15 mai 2024.

soit de la part de l'administration fédérale ou d'autres entités, sans trop de complications et formalités, à l'instar d'une permanence ». Ces deux éléments sont contradictoires. En effet, on ne comprend pas si on doit attendre de l'IFF qu'il facture autant que possible ses prestations ou si, au contraire, la contribution fédérale équivaut à un forfait couvrant des prestations pour les autorités (fédérales, cantonales et communales), qui à l'avenir, devraient non plus être facturées mais être fournies comme service. Du point de vue du CSS, il convient de s'assurer que le Message et le futur projet de loi distingue plus clairement les activités pour lesquelles les aides financières sont accordées (soit les travaux préparatoires de base) et les activités qui doivent être facturées (soit les mandats d'information, de conseil et de sensibilisation spécifiques).

Art. 3 Demande

Le CSS suggère que la planification financière inclue dans la demande que l'Université de Fribourg doit faire parvenir à l'Office fédéral de la justice (ou, selon la solution alternative recommandée par le Conseil, à l'autorité responsable au sein du DFAE) contienne également une description de la stratégie de l'IFF pour les années pour lesquelles les aides financières sont demandées. Connaître la stratégie de l'Institut permettrait notamment de pouvoir vérifier que des mesures sont prises afin de maximiser l'autofinancement.

Art. 6 Etablissement de rapports

L'art. 6 de l'avant-projet de loi n'indique pas la procédure à suivre au cas où les exigences relatives à l'utilisation des aides financières n'auraient pas été respectées. Un renvoi aux dispositions pertinentes des sections 3 à 6 de la loi fédérale sur les aides financières et les indemnités⁸ serait judicieux.

Au nom du Conseil suisse de la science



Sabine Süssstrunk, présidente

Pour toute information complémentaire, prière de contacter:

Conseil suisse de la Science
Secrétariat
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Bern
Tel.: +41 58 463 00 48
Fax: +41 58 463 95 47
praesidium@swr.admin.ch

⁸ RS 616.1.

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Bern, 4. Juli 2024 / RC
VL_IFF

Elektronischer Versand: jonas.amstutz@bj.admin.ch

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Der vorliegende Gesetzesentwurf soll die SPK-N-Motion [19.3008](#), welche eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung des Instituts für Föderalismus der Universität Freiburg fordert, umsetzen. Das Gesetz soll dem Bund ermöglichen, dem Institut für Föderalismus nach freiem Ermessen Finanzhilfen zu gewähren. Die Finanzhilfen werden jeweils für einen Zeitraum von höchstens vier Jahren gewährt. Die Finanzhilfen dürfen a) in jedem Tätigkeitsbereich nicht höher als die Hälfte der vorgesehenen Ausgaben und b) nicht höher als der Teil der vorgesehenen Ausgaben, der nicht durch andere Finanzierungen gedeckt ist, sein. Gemäss parlamentarischen Debatten beläuft sich der Finanzierungsbedarf derzeit pro Jahr auf 200'000 Franken für nationale Tätigkeiten und auf 600'000 bis 1'000'000 Franken für internationale Tätigkeiten. Der Bund würde also maximal für 400'000 bis 600'000 Franken pro Jahr aufkommen.

Zwar legt die FDP. Die Liberalen Wert auf den Föderalismus als zentraler Erfolgsfaktor des politischen Systems der Schweiz, lehnt die Vorlage aber ab. Erstens ist der Bund bereits heute an Projekten des Instituts für Föderalismus sowie an den Grundkosten der Universität Freiburg und damit auch am Institut finanziell beteiligt. Zweitens ist es nicht Aufgabe des Bundes, die Grundfinanzierung eines einzelnen Instituts sicherzustellen. Drittens sind die vorgesehenen Subventionen insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage des Bundes kritisch zu beurteilen. Momentan gilt es, den Bericht der Expertengruppe Gaillard zur Überprüfung der Aufgaben und Subventionen des Bundes abzuwarten – nicht neue Subventionen einzuführen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer



Les VERT-E-S suisses

Bettina Beer
Waisenhausplatz 21
3011 Berne

bettina.beer@gruene.ch
031 511 93 21s

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

par e-mail à : jonas.amstutz@bj.admin.ch

Berne, le 24 juin 2024

Consultation sur le projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme

Mesdames, Messieurs,

Les VERT-E-S vous remercient d'avoir été sollicité-e-s pour la consultation sur le projet de loi fédérale sur les aides financières en faveur de l'Institut du fédéralisme.

Les VERT-E-S soutiennent ce projet de loi qui garantira la participation de la Confédération au financement de base de l'Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg et ce pour les raisons suivantes :

- Les VERT-E-S sont convaincu-e-s de l'importance, sous l'angle de la politique aussi bien intérieure qu'extérieure, des prestations de l'Institut du fédéralisme. Il contribue de façon significative au développement du fédéralisme.
- Avec l'Institut du fédéralisme, les cantons disposent d'un centre de compétence qui, depuis des décennies, offre son expertise, non seulement aux cantons, mais aussi à la Confédération et à des États étrangers, en matière de bonne gouvernance dans les États comprenant plusieurs échelons de pouvoir.
- En contribuant financièrement aux travaux de documentation, d'observation et de participation à la définition du fédéralisme suisse de l'institut, la Confédération soutient également indirectement les activités de celui-ci sur le plan international.
- En ancrant la participation financière de la Confédération dans une loi, l'Institut du fédéralisme obtiendra une base de financement fédérale plus claire lui permettant de planifier ses activités à plus long terme.

Les VERT-E-S approuvent également le fait que la participation au financement de l'Institut du fédéralisme se limite aux activités énumérées à l'art. 2, al. 1. En effet, les activités mentionnées à l'al. 2 profitent déjà du soutien de la Confédération octroyé à l'Université de Fribourg.

Nous vous remercions d'avance de bien vouloir prendre en compte notre prise de position.

Meilleures salutations

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'L. Mazzone'.

Lisa Mazzone
Présidente

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'B. Beer'.

Bettina Beer
Secrétaire politique

Bern, 26. Juni 2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern



jonas.amstutz@bj.admin.ch

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans, Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Die SP Schweiz unterstützt das vorliegende Bundesgesetz über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus. Bereits die der Vorlage zugrundeliegende Motion 19.3008 «Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung» wurde von der SP-Fraktion geschlossen unterstützt. Der Föderalismus ist, wie im erläuternden Bericht richtigerweise erwähnt, eine der tragenden Säulen des politischen Systems in der Schweiz und es ist somit von zentraler Bedeutung, dass auch die Forschung in diesem Bereich gefördert wird.

Es ist unserer Ansicht nach somit wichtig und richtig, dass die Motion in Form eines eigenen Bundesgesetzes umgesetzt wird. Die Ansicht im erläuternden Bericht, dass der Entwurf finanzielle Konsequenzen zur Folge habe, kann jedoch nicht vollständig geteilt werden: Wie richtig festgehalten, erfolgen Finanzhilfen nur, wenn die Kredite vom Parlament bewilligt und vom Bundesamt für Justiz gutgeheissen wurden. Das vorliegende Gesetz bietet dementsprechend einzig die rechtliche Grundlage für die mögliche Erteilung von Krediten an das Institut für Föderalismus. Weiter sind unserer Ansicht nach auch die Anforderungen des Subventionsgesetzes im Bezug auf den Grundsatz, dass die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten oder andere Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sein müssen, erfüllt. Nach Aussagen des Instituts reichen die bestehenden Finanzmittel nicht auf und es ist anzunehmen, dass die zu erwartenden Selbsthilfebemühungen unternommen wurden. Zur Erteilung eines Kredits muss überdies Art. 5 Absatz 2 des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus erfüllt sein, womit sichergestellt wird, dass andere Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Mattea Meyer'.

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'C. Wermuth'.

Cédric Wermuth
Co-Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jessica Gauch'.

Jessica Gauch
Politische Fachreferentin

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesrat Beat Jans

Elektronisch an:
jonas.amtstutz@bj.admin.ch

Bern, 8. Juli 2024

Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP lehnt das Bundesgesetz zur Subventionierung des Instituts für Föderalismus ab. Es ist keine Bundesaufgabe ein Forschungsinstitut zu subventionieren. Bereits heute bekommt das Institut durch seine Angliederung an die Universität Freiburg Bundesgelder. Das Bundesgesetz ist eine einseitige Privilegierung dieser Forschungsanstalt und somit verfassungsrechtlich problematisch. Für die SVP stellt sich die Grundsatzfrage nach der Ausrichtung des Instituts. Ursprünglich in der Erforschung kantonaler Rechtsprechung beheimatet, ist das Institut mittlerweile ein Teil der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Gemäss Selbstbeschreibung auf der Homepage ist das Institut für Föderalismus «ein national und international anerkanntes, politisch unabhängiges Kompetenzzentrum in Fragen der Staatsführung». Der erklärte Anspruch des Instituts ist es, «wissenschaftlich fundierte und praxistaugliche Beiträge zur Konkretisierung und Weiterentwicklung der guten Staatsorganisation» zu erarbeiten. Für die SVP ist klar, dass die «gute Staatsorganisation» eine subsidiäre ist, sprich demokratisch aus dem Volk entwickelt und vom Volk getragen werden muss. Es ist deshalb ein Widerspruch, wenn ein vom Bundesstaat finanziertes Forschungsinstitut diese Prozesse aus der Ferne weiterentwickeln soll.

Ein weiterer Kritikpunkt für die SVP ist die Ausrichtung des Instituts für Föderalismus. In den Anfangsjahren konzentrierte man sich «in erster Linie auf die Erforschung der Grundfragen des Föderalismus und die Dokumentation des kantonalen und liechtensteinischen Rechts sowie der kantonalen Rechtsprechung.» Seit den 1990er Jahren wurde die Forschungstätigkeit internationaler, sie wurde «in Zusammenarbeit mit der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) und anderen nationalen und internationalen Akteuren» massiv ausgeweitet. So sollen Staaten unterstützt werden, «die durch Konflikte, Fragilität und sprachliche, religiöse oder ethnische Konflikte geprägt sind».

Die SVP lehnt die Subventionierung des Instituts für Föderalismus durch den Bund ab. Einerseits wegen der beschriebenen internationalen Ausrichtung, welche bereits durch andere, vom Bund mitfinanzierte Institutionen und Organisationen wahrgenommen werden (beispielsweise durch die Genfer Zentren). Andererseits, weil das Institut bereits heute durch seine Angliederung an die Universität Freiburg, welche Beiträge gestützt auf das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz erhält, von einer finanziellen Unterstützung des Bundes profitiert. Die Schaffung eines neuen Subventionstatbestandes durch ein eigenes Bundesgesetz ist auch verfassungsrechtlich problematisch. Damit würde der Bund das Institut gegenüber anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, die ähnliche Dienstleistungen anbieten und denen der Zugang zu Subventionen nicht eröffnet würde, einseitig privilegieren.

Es sollten grundsätzlich nur Aufgaben, die über die Möglichkeiten der Kantone hinausgehen oder eine einheitliche Regelung erfordern, an den Bund übertragen werden. Der in der parlamentarischen Debatte genannte jährliche Grundfinanzierungsbedarf des Instituts für Föderalismus von bis zu einer Million Franken liegt absolut im Rahmen der Möglichkeiten der Kantone. Der Bundesrat selbst hat sich gegen eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung ausgesprochen und zieht die bisherige Zusammenarbeit auf Mandatsbasis vor, wenn ein Bedarf an den Dienstleistungen des Instituts besteht. Die SVP unterstützt die Haltung des Bundesrates in diesem Punkt.

Die Vorlage geht zurück auf die in beiden Räten grossmehrheitlich angenommene Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates «Kompetenzzentrum für Föderalismus. Beteiligung an der Grundfinanzierung». Im Nationalrat stimmte die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion gegen die Annahme der Motion. Der Bundesrat empfahl die Ablehnung der Motion. Die SVP weist den nun vorliegenden Entwurf des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für das Institut für Föderalismus vollumfänglich zurück.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marcel Dettling
Nationalrat

Der Generalsekretär



Henrique Schneider